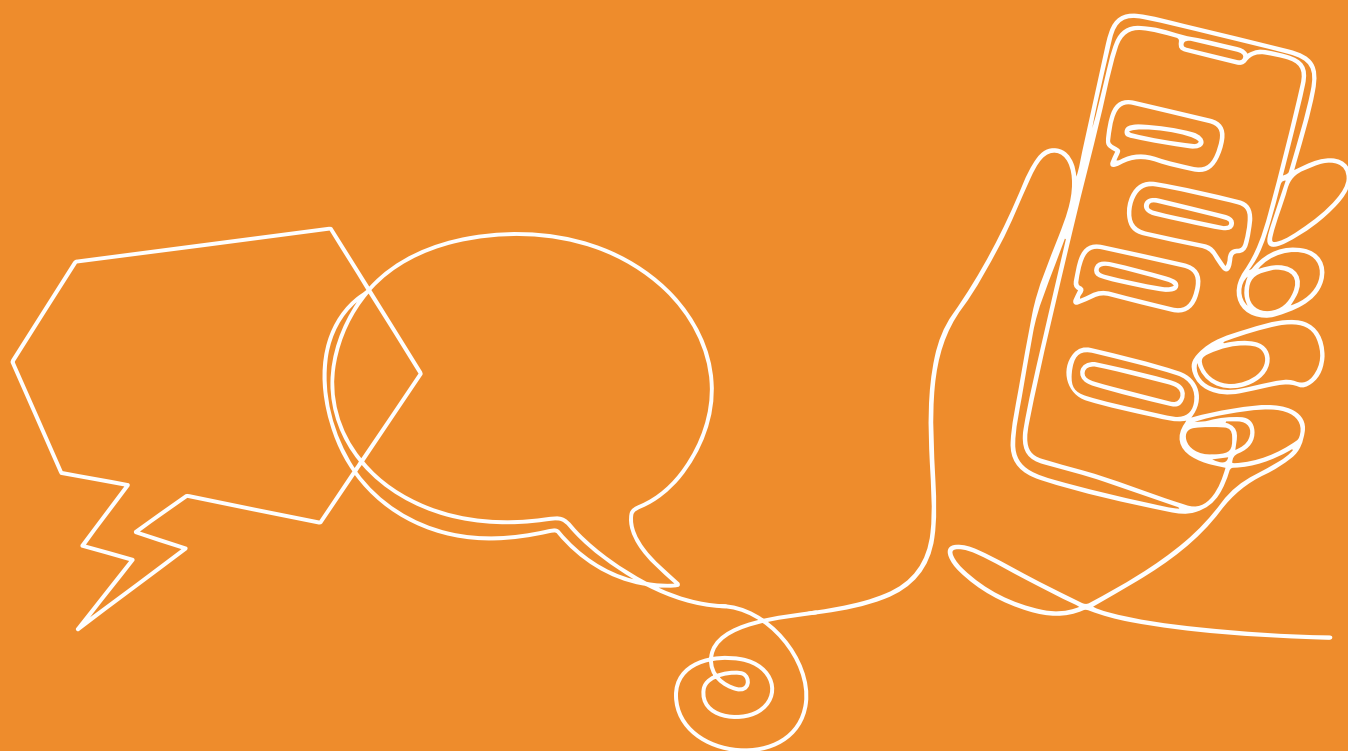


# Ligante

BAG RelEx ]



## Demokratie unter Druck?

Diskursverschiebungen und Radikalisierung  
in digitalen Öffentlichkeiten

Dynamiken digitaler  
Diskursverschiebungen

Ideologische und politische  
Deutungsräume in digitalen  
Öffentlichkeiten

Praxisimpulse zur  
Förderung demokratischer  
Diskursfähigkeit



# Demokratie unter Druck?

---

## Diskursverschiebungen und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten

---

**Disclaimer:** Die in der Schriftenreihe *Ligante* veröffentlichten Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der BAG ReEx wider. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor\*innen die Verantwortung.



## 10 Einleitung

---

### 12 **Dynamiken digitaler Diskursverschiebungen**

- 13 Soziale Medien und der Wandel der gesellschaftlichen Verständigungsordnung**  
Jan-Hinrik Schmidt

- 20 KI als Instrument extremistischer Kommunikation: Mechanismen, Risiken und Gegenstrategien**  
Kaiya M. Reisch
- 

### 26 **Ideologische und politische Deutungsräume in digitalen Öffentlichkeiten**

- 27 Couple Content, Palästina und die Stadtbild-Debatte**  
Jugendkulturelle Themen in digitalen Räumen als Ausgangspunkt der universellen Islamismusprävention  
Sakina Abushi & Götz Nordbruch

- 34 Antifeminismus, Manosphere und die Normalisierung von Demokratiefeindlichkeit**  
Greta Jasser

- 40 „Journalismus entsteht ja nicht in einem kontextfreien Raum“**  
Ein Gespräch über Nahostberichterstattung und digitale Öffentlichkeiten  
Carola Richter

### 46 **Praxisimpulse zur Förderung demokratischer Diskursfähigkeit**

- 47 Zwischen Positionen und Perspektiven: Kontroverse als demokratische Praxis**  
Jana Aslan-Moor

- 54 Zwischen Rückzug, Resilienz und Strafrecht: Umgang mit Hate Speech und digitaler Gewalt**  
Oliver Honer
- 

### 60 **Über uns**

- 61 Über die BAG RelEx**  
**62 Über KN:IX connect**  
**64 Impressum**











Die Veranstaltungen  
der BAG RelEx finden  
Sie auch online



## Liebe Leser\*innen,

digitale Öffentlichkeiten haben sich in den vergangenen Jahren zu zentralen Räumen gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse entwickelt. Politische Meinungsbildung, soziale Interaktion und die Verhandlung demokratischer Werte finden zunehmend auf Plattformen statt, die durch algorithmische Logiken, ökonomische Interessen und emotional geprägte Kommunikationsformen bestimmt werden.

Digitale Plattformen sind dabei keine neutralen Räume; sie steuern Sichtbarkeit und Reichweite von Inhalten. Algorithmen und Aufmerksamkeitslogiken begünstigen Zuspitzung, Empörung und die Bildung abgeschlossener Kommunikationsräume. Grenzen öffentlicher Äußerungen können sich dadurch verschieben. Zugleich gewinnen demokratie- und menschenfeindliche Positionen an Anschlussfähigkeit. Extremistische Akteur\*innen nutzen diese Dynamiken gezielt – mit vereinfachten, emotionalen und gesamtgesellschaftlich anschlussfähigen Narrativen.

Diese Entwicklungen betreffen demokratische Gesellschaften insgesamt – und stellen zugleich Fachkräfte der Präventionsarbeit vor neue Herausforderungen. Wie verändern digitale Kommunikationsräume gesellschaftliche Diskurse? Welche Folgen haben Fragmentierung, Polarisierung und Desinformation für demokratischen Zusammenhalt? Und wie lassen sich kontroverse Themen bearbeiten, wenn Vertrauen schwindet und Konflikte emotional aufgeladen sind?

Mit der *Ligante* #9 „Demokratie unter Druck? – Diskursverschiebungen und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten“ greifen wir diese Fragen auf. Im Zentrum steht die Beobachtung: Demokratische Diskursfähigkeit gerät unter Druck. Dabei verstehen wir Diskursfähigkeit

als die Fähigkeit, kontroverse Fragen plural, respektvoll und rational auszuhandeln – auch unter Konfliktbedingungen. Sie bildet die Grundlage für Verständigung, Konfliktbearbeitung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Damit ist sie auch eine zentrale Ressource der Präventionsarbeit.

Diese Ausgabe der *Ligante* ist in drei Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel werden zentrale Aspekte digitaler Diskursverschiebungen skizziert. Artikel 1 von Dr. Jan-Hinrik Schmidt (Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut) zeigt, wie soziale Medien öffentliche Kommunikation verändern. Der Beitrag beschreibt zunehmende Polarisierung, Fragmentierung und veränderte Anschlussfähigkeit gesellschaftlicher Positionen. Plattformen strukturieren Kommunikation dabei aktiv über algorithmische Empfehlungen und Aufmerksamkeitslogiken. Artikel 2 von Kaiya M. Reisch (BAG RelEx) zeigt, wie künstliche Intelligenz digitale Öffentlichkeiten verändert. Der Beitrag beschreibt, wie Sprachmodelle, Deepfakes und datengetriebene Systeme Inhalte schneller, günstiger und personalisierter erzeugen und verbreiten.

Das zweite Kapitel richtet den Blick auf ausgewählte politische und ideologische Online-diskurse, die aktuell in besonderer Weise in gesellschaftliche Debatten hineinwirken. Artikel 3 von Sakina Abushi und Dr. Götz Nordbruch (ufuq.de) zeigt, wie Alltags- und Jugendthemen wie Beziehung, Identität und aktuelle Debatten in digitalen Räumen von islamistischen Akteur\*innen aufgegriffen und ideologisch umgedeutet werden. Der Beitrag macht deutlich, dass diese jugendkulturellen Themen an sich unverfänglich und legitim sind, erst in der ideologischen Rahmung, Umdeutung und Zuspitzung fügen sie sich in islamistische Nar-



rative. Artikel 4 von Dr. Greta Jasser (Institut für Demokratieforschung) analysiert antifeministische Onlinemilieus und die sogenannte Manosphere. Der Beitrag zeigt, wie dort misogynie und hierarchische Geschlechterbilder durch popkulturelle Anschlussfähigkeit normalisiert und über Brückennarrative in breitere gesellschaftliche Diskurse eingebettet werden. Im Interview erläutert Prof. Dr. Carola Richter (Freie Universität Berlin), dass soziale Medien die Wahrnehmung des Nahostkonflikts durch stärkere Unmittelbarkeit und parallele Gegenöffentlichkeiten verändern und gleichzeitig journalistische Einordnung vor neue Herausforderungen stellen.

Das dritte Kapitel richtet den Blick auf Gegenstrategien und Praxisperspektiven. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie demokratische Diskursfähigkeit in digitalen und analogen Räumen gestärkt werden kann. Artikel 5 von Jana Aslan-Moor (Mosaik Deutschland e.V.) beschreibt, dass junge Menschen in digitalen und analogen Räumen mit widersprüchlichen Informationen umgehen müssen, weshalb politische Bildung Diskursfähigkeit durch Kontroversität, Diversitätssensibilität und Medienkompetenz fördern sollte, um Ambiguitätstoleranz und Selbstwirksamkeit zu stärken sowie einen reflektierten Umgang mit

Informationen zwischen Fakten, Meinungen und Desinformation zu ermöglichen. Artikel 6 von Dr. Oliver Honer (Jugendstiftung Baden-Württemberg) zeigt, dass Hate Speech und digitale Gewalt weit verbreitet sind und insbesondere marginalisierte sowie politisch aktive Personen betreffen, was zu erheblichen emotionalen Belastungen und Rückzugsprozessen aus öffentlichen Diskursen führen kann. Als Gegenstrategien werden Resilienzförderung, Beratungsangebote sowie rechtliche und strukturelle Maßnahmen wie Plattformregulierung und Meldesysteme hervorgehoben.

Die Beiträge dieser Ausgabe zeigen: Diskursverschiebungen und Radikalisierung in digitalen Öffentlichkeiten betreffen demokratische Teilhabe, gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Arbeit vieler Fachkräfte unmittelbar. Die *Ligante* #9 möchte aktuelle Entwicklungen einordnen, unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen und Impulse für eine reflektierte Präventionspraxis geben.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

**Ulrike Hoole, Frederik Braune & Jamuna Oehlmann**

Redaktionsteam & Geschäftsführung  
der BAG RelEx

# Dynamiken digitaler Diskursverschiebungen

---

13 Soziale Medien und der Wandel der gesellschaftlichen Verständigungsordnung

---

20 KI als Instrument extremistischer Kommunikation: Mechanismen, Risiken und Gegenstrategien



# Soziale Medien und der Wandel der gesellschaftlichen Verständigungsordnung

Jan-Hinrik Schmidt

**E**ine vorherrschende Stimmung unserer Zeit ist, dass sich gesellschaftliche Debatten in ihrem Ablauf und Tonfall deutlich zum Schlechteren entwickelt haben – ob nun bei großen und globalen Krisen wie Klimawandel und Coronapandemie oder auch bei vermeintlich kleinen Anlässen wie der Rettung eines gestrandeten Wals in der Ostsee. Öffentlich viel beachtete Beiträge analysieren beispielsweise die Mechanismen und Folgen von „Triggerpunkten“ (Mau et al., 2023), diagnostizieren „Defekte Debatten“ (Reuschenbach & Frenzel, 2024) oder „die gezielte Zerstörung öffentlicher Debatten“ (Brodnig, 2024). Und als der damalige Vizekanzenler Robert Habeck beklagte, es sei „etwas ins Rutschen geraten“ (Tagesschau, 2024), bezog er sich auch auf die sichtbare Verrohung und Feindseligkeit in gesellschaftlichen Diskussionen, wo Andersdenkende nicht mehr als argumentative Gegner\*innen, sondern oft schon als Feind\*innen angesehen werden.

Dieser Beitrag greift solche Beobachtungen auf und argumentiert, dass wir einen tiefgreifenden Wandel unserer gesellschaftlichen Verständigungsordnung erleben. Mit „Verständigungsordnung“ ist in einer ersten Annäherung das Geflecht von Akteur\*innen, Medientechnologien, Normen, Institutionen und Narrativen gemeint, die rahmen, wie wir uns mit anderen Menschen über gemeinsame Belange austauschen. Das kann in episodischer Verständigung geschehen, bei der sich zwei oder wenige weitere Menschen austauschen und Ansichten abgleichen. Die Verständigungsordnung hat aber vor allem dort Relevanz, wo es um die Etablierung geteilter Wissensbestände, die Identifikation von kollektiv relevanten Themen und Problemen sowie die Formulierung gemeinsam akzeptierter Wege zu ihrer Lösung geht.

Die Verständigungsordnung stellt somit die „kommunikativen Leitplanken“ bereit, die den Ablauf der Verständigungsprozesse wechselseitig erwartbar machen – ohne garantieren zu können, dass Verständigung auch immer gelingt. Sie drückt sich besonders deutlich in der Medienöffentlichkeit aus, also in der Sphäre für gesellschaftliche Verständigung, die auch zwischen Nichtanwesenden, sprich medienvermittelt über zeitliche und räumliche Distanz hinweg geführt werden kann.<sup>1</sup> Lange Zeit war sie an massenmediale Kommunikation gebunden, die von professionellen Medienorganisationen getragen wurde. Diese stellten über Jahrzehnte hinweg ein vergleichsweise stabiles Fundament gesellschaftlicher Verständigung dar: Publizistische Massenmedien erlauben es, Themen von gesellschaftlicher Relevanz zu identifizieren und zu priorisieren, also die „gesellschaftliche Tagesordnung“ aufzustellen und erkennbar zu machen. Indem sie die Perspektiven und Argumente unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen repräsentieren, geben sie

---

**1** Im klassischen Drei-Ebenen-Modell von Öffentlichkeit, das Gerhards & Neidhardt (1989) Anfang der 1990er Jahre konzipiert haben, ist diese Medienöffentlichkeit von Episoden der „öffentlichen Begegnung“ von Menschen, etwa in der S-Bahn oder beim Bäcker, sowie von „Versammlungsöffentlichkeit“ abgegrenzt, die sich bei größeren Menschenansammlungen einstellt. Diese Unterteilung ist mittlerweile insofern unscharf geworden, als jegliche Situation durch die Anwesenheit gerade von Smartphones und anderen mobilen Kommunikationstechnologien „mediatisiert“ (Hepp, 2020) ist, also zumindest potenziell hybride Kommunikationssituationen mit gleichzeitig An- und Abwesenden entstehen.

einen Einblick in die Vielfalt von Ansichten und Lebensentwürfen. Und sie synchronisieren Verständigungsprozesse, weil Menschen annehmen können, dass andere Personen dieselben Perspektiven und Argumente wahrnehmen wie sie. Aber dieses Fundament ist längst instabil geworden.

### Merkmale und Verbreitung sozialer Medien

Zu den wichtigsten gesellschaftlichen Auswirkungen des Internets gehört, dass es die beschriebene massenmediale Konstellation erweitert und transformiert hat. Schon in den 2000er Jahren wurde dies etwa als neue „networked public sphere“ (Benkler, 2006) beschrieben (vgl. auch den Überblick zu verschiedenen Öffentlichkeitskonzepten bei Taddicken & Schmidt, 2023). Doch erst soziale Medien haben (im Zusammenspiel mit der Verbreitung von Smartphones und anderen mobilen Endgeräten) dazu beigetragen, die Reichweite und Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlicher Öffentlichkeit genauso wie deren kommunikative Mechanismen und Logiken bedeutend zu erweitern.

Besonders prägend sind in diesem Zusammenhang die großen Social-Media-Plattformen wie Instagram, Facebook, TikTok oder X (ehemals Twitter). Wachsende Teile der Bevölkerung, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, nutzen sie (auch) als Quelle für Nachrichten zum aktuellen Geschehen (Behre et al., 2025, S. 18). Sie unterscheiden sich aber in zwei sehr grundlegenden Prinzipien von den publizistischen Massenmedien, was sich wiederum auf Verständigungsprozesse auswirkt (vgl. zum Folgenden auch Schmidt, 2019). Das erste Grundprinzip der sozialen Medien ist, dass sie die Hürden senken, um Informationen aller Art für andere zugänglich zu machen. Sie erweitern so den Kreis der Personen oder Gruppen, die ihre Erlebnisse, Ansichten oder Anliegen öffentlich sichtbar machen können. Das erhöht zwar einerseits die Vielfalt verfügbarer Themen und Meinungen, gibt andererseits aber auch solchen Ansichten mehr Raum, die sich an der Grenze des demokratisch Tolerierbaren (oder jenseits davon) bewegen.

Zudem geht damit eine Erweiterung der kommunikativen Modi einher, die die Öffentlichkeit tragen. Lange Zeit war Medienöffentlichkeit durch den Modus des „Publizierens“ geprägt, der sich auf Textgattungen wie die „Nachricht“, die „Reportage“ oder den „journalistischen Kommentar“ stützte. In den sozialen Medien

gewinnt der Modus der „Konversation“ deutlich an Bedeutung; zum einen in den Inhalten selbst, die nicht mehr zwingend den journalistischen Konventionen für die Auswahl und Aufbereitung von Berichtswertem folgen, sondern nach persönlicher Relevanz ausgewählt und nach individuellen Vorlieben gestaltet werden können. Insbesondere (aber nicht nur) bei Influencer\*innen ist offensichtlich, dass das Leitbild der „Authentizität“ hierbei wichtiger als das der „Objektivität“ (Bishop, 2025) ist. Zum anderen zeigt sich der Bedeutungsgewinn des Konversationalen daran, dass Plattformen in der Regel auch Möglichkeiten bieten, die Postings oder Videos zu kommentieren, also um eigene Einschätzungen oder Reaktionen zu ergänzen.

Das zweite Grundprinzip von Social-Media-Plattformen ist, dass sie die unüberschaubare Vielfalt der Inhalte, die Menschen mit ihrer Hilfe veröffentlichen, auf eine spezifische Art und Weise zusammenfügen. Dies geschieht nicht, wie für massenmediale Kommunikation typisch, in Form abgrenzbarer Bündel von Inhalten – der „Nachrichtensendung“, der „Zeitungsausgabe“, der „Nachrichtenwebseite“ –, die anhand professionell-redaktioneller Qualitätskriterien kuratiert und veröffentlicht werden. Plattformen verlassen sich stattdessen auf algorithmische, also automatisierte Zusammenstellungen und Empfehlungen von Inhalten. Die Nutzer\*innen sozialer Medien erhalten daher auf sie zugeschnittene, mithin personalisierte Inhalte, nicht die standardisierten Kommunikate der Massenmedien. In diese personalisierten „News Feeds“ oder „For You – Pages“ können auch journalistische Inhalte eingehen, aber sie stehen dort gleichrangig neben Beiträgen aus anderen Quellen, etwa von Influencer\*innen, politischen Aktivist\*innen und Interessengruppen, oder kommerziell motivierter Kommunikation aller Art.

Die genauen Parameter, nach denen die Plattformen diese algorithmische Personalisierung vornehmen, sind in der Regel unbekannt und dynamisch – nicht zuletzt, weil sie in wachsendem Maße selbst auf automatisierten und selbstlernenden Systemen beruhen. Allerdings ist klar ersichtlich, dass sie mit dem Ziel gestaltet und optimiert werden, die Verweildauer und die Aktivität der Nutzer\*innen auf der Plattform zu maximieren. Denn dies wiederum erhöht die Gelegenheiten, den Nutzer\*innen Werbung einzublenden und auch die anfallenden Datenspuren zu nutzen, um inhaltliche Empfehlungen ebenso wie Werbung noch passender zuzuschneiden. Von diesen Mechanismen profitieren vor allem zugespitzte und affektiv aufge-

**„Mit ‚Verständigungsordnung‘ ist in einer ersten Annäherung das Geflecht von Akteur\*innen, Medientechnologien, Normen, Institutionen und Narrativen gemeint, die rahmen, wie wir uns mit anderen Menschen über gemeinsame Belange austauschen“**

ladene Beiträge. Sie können ganz unterschiedliche Emotionen wecken, sind aber oft darauf ausgerichtet, Empörung, Wut, Angst oder Verachtung auszulösen. Solche Inhalte ziehen tendenziell mehr Reaktionen nach sich als sachliche Inhalte und werden algorithmisch gesteuert mit gesteigerter Aufmerksamkeit belohnt.

**Folgen sozialer Medien für die Verständigungsordnung**

Diese Strukturprinzipien wirken sich auf die Kommunikation in den Plattformen aus, indem sie bestimmte Modi der Kommunikation nahelegen und bestimmte Inhalte mit mehr Aufmerksamkeit belohnen. Sie haben aber auch Folgen für breitere gesellschaftliche Verständigungsprozesse. Besonders deutlich wird das daran, dass soziale Medien ein Nährboden für Desinformationen sind, also für falsche oder aus dem Kontext gerissene Informationen, die mit Täuschungsabsicht in Umlauf gebracht werden (Zimmermann & Kohring, 2018). Sie unterlaufen ein zentrales kommunikationsethisches Prinzip demokratischer Verständigung, nämlich die Erwartung an die Wahrhaftigkeit von Äußerungen. Desinformationen werden u. a. dazu eingesetzt, um Personen oder politische Forderungen zu diskreditieren, etwa in „deep fakes“ (Birrer & Just, 2024) mit manipulierten Bildern, Video- oder Audioaufnahmen. Doch die Täuschungsabsicht zielt auch auf grundlegendere Veränderungen ab, insbesondere auf die Erosion von Vertrauen in demokratische Institutionen und epistemische Autoritäten. Sie sollen die Aufmerksamkeit des Publikums von anderen Themen ablenken und zugleich antidemokratische oder autoritäre Denk- und Verhaltensweisen normalisieren (Scharfbillig et al., 2026, S. 7).

Ein zweiter, damit verwandter Effekt der Strukturprinzipien sozialer Medien ist, dass sie zu einem wichtigen Brückenkopf zwischen den Diskursräumen der gesellschaftlichen Mitte und den populistischen oder extremistischen Rändern geworden sind. Letztere schaffen sich in den sozialen Medien eigene Arenen, Gegenöffentlichkeiten und „illiberal public spheres“ (Bennett & Kneuer, 2024), wo sie ihre Botschaften platzieren und Gruppenidentitäten stabilisieren können. Dabei beziehen sie sich oft auch auf Äußerungen demokratischer Akteur\*innen oder journalistische Berichterstattung, ohne aber mit diesen in verständigungsorientierten Dialog zu treten. Vielmehr geht es um wiederkehrende Kritik und Skandalisierung dieser Positionen, etwa um populistische Narrative zu bedienen und antagonistische Konstellationen (z. B. gegenüber Zugewanderten oder einer vermeintlich abgehobenen Elite) zu (re)produzieren.

Umgekehrt können diese Gegendiskurse aber auch auf das gesellschaftliche Zentrum wirken. In Prozessen des Mainstreams wandern nicht nur Narrative, Frames und Tropen in die demokratischen Debatten, sondern es werden auch ideologische Positionen übernommen (Klinger et al., 2023; Saldivia Gonzatti & Völker, 2026). Und wie etwa das Phänomen der „tradwives“ zeigt, können in den sozialen Medien auch reaktionäre Lebensentwürfe, Welt- und Rollenmodelle populär werden, die emanzipatorische Vorstellungen von Geschlechterverhältnissen unterlaufen und extremistische Ideologien normalisieren (Leidig, 2023).

Letztlich sind soziale Medien dadurch ein wichtiger Treiber der „kommunikativen Polarisierung“ (Kumkar, 2025) unserer Gesellschaft geworden: Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass vor allem diejenigen Kommunikationsakte Sichtbarkeit gewinnen und Anschlusskommunikation erzeugen, die sich an ver-

## „Soziale Medien unterlaufen ein zentrales kommunikationsethisches Prinzip demokratischer Verständigung, nämlich die Erwartung an die Wahrhaftigkeit von Äußerungen“

gleichsweise klar definierten Polen orientieren und dadurch eine Sortierung von Einstellungen und Akteur\*innen erleichtern. Das verstärkt wiederum Logiken, die auch in den journalistischen Selektions- und Darstellungsroutrinen angelegt sind, etwa den Impetus, eine Ansicht oder Forderung möglichst immer mit Kritik und einer Gegenposition zu konfrontieren. Auch die politische Kommunikation kennt die Logik des „Wir gegen die“, um sich im politischen Wettbewerb gegenüber der Konkurrenz abzugrenzen und Unterstützung zu mobilisieren. Im Zusammenspiel dieser drei Logiken sind Debatten in der erweiterten gesellschaftlichen Öffentlichkeit daher vielfach kommunikativ polarisiert, ohne dass dies notwendigerweise mit den tatsächlichen Einstellungsverteilungen in der Gesellschaft korrespondiert. Um im Bild von Nils Kumkar (2025) zu bleiben: Kommunikative Polarisierung liegt dann vor, wenn sich deutlich diversere und heterogene Einstellungsverteilungen um klar konturierte Pole gruppieren, so wie sich Eisenspäne an den Polen eines Magneten ausrichten. Soziale Medien sind in diesem Bild sehr starke Magneten.

### **Sicherung einer demokratischen Verständigungsordnung**

Die strukturellen Merkmale und Mechanismen sozialer Medien prägen unsere Verständigungsordnung sehr fundamental und bedrohen das „Informations-ökosystem“ (Mansell et al., 2025) von Demokratien liberaler Prägung. Sie unterminieren das Vertrauen in epistemische Autoritäten und demokratische Institutionen. Sie erschweren demokratische Verständigungsprozesse durch Desinformationen und andere Formen inziviler Kommunikation. Und nicht zuletzt binden sie politische Akteur\*innen genauso wie Bürger\*innen an machtvoll und intransparente Plattformen (van Dijck et al., 2018), die nicht dem Gemeinwohl, sondern allein kommerziellen Interessen

ihrer Stakeholder\*innen verpflichtet sind und deren Köpfe zunehmend offen mit autoritären oder protofaschistischen Ideologien sympathisieren.

Um die Demokratie gegen ihre Gegner\*innen zu verteidigen, müssen wir daher auch unsere gesellschaftliche Verständigungsordnung resilient machen, also Medientechnologien und Medieninstitutionen so gestalten, dass sie dem demokratischen Gemeinwohl dienen können und nicht autoritären Ideologien oder purer ökonomischer Gewinnmaximierung (entsprechende Empfehlungen finden sich u. a. bei Scharfbillig et al., 2026, oder Mansell et al., 2025).

Ein erster wesentlicher Ansatzpunkt ist, die großen Plattformen und die dahinterstehenden Unternehmen deutlich stärker zu regulieren. Hierfür bieten Rechtsrahmen wie der „Digital Services Act“ auf europäischer Ebene oder der Medienstaatsvertrag in Deutschland mittlerweile Ansatzpunkte, um soziale Medien und andere Intermediäre auf grundlegende demokratische Werte und Schutzziele wie Transparenz oder Vielfalt zu verpflichten (Husovec, 2024). Das ist allerdings durchaus voraussetzungsvoll und erfordert beständige Abwägungen, ab wann der Wunsch, große Plattformen zu kontrollieren, umschlägt und andere Kommunikationsrechte, etwa auf freie Meinungsäußerung, bedroht.

Daher ist es zweitens ebenso wichtig, alternative und unabhängige Infrastrukturen der gesellschaftlichen Verständigung zu schaffen. Das „fediverse“<sup>2</sup> etwa bie-

---

<sup>2</sup> „Fediverse“ ist ein Sammelbegriff für Plattformen und Dienste, die durch offene Schnittstellen den Datenaustausch untereinander erleichtern und so eine dezentrale Kommunikationsstruktur bereitstellen (<https://jointhefediverse.net/?lang=de-de>).

tet mittlerweile zahlreiche Alternativen zu den großen Plattformen, etwa Mastodon (statt X/Twitter), Pixelfed (statt Instagram) oder PeerTube (statt YouTube). Ähnliche Ziele, aber einen anderen technischen Ansatz verfolgt Eurosky<sup>3</sup>, das zudem dezidiert auf den Aufbau einer offenen europäischen Infrastruktur setzt. Bislang haben diese alternativen Angebote aber noch längst nicht die Reichweite der großen Social-Media-Plattformen erreicht. Auch die Finanzierung ihrer technischen (Weiter-)Entwicklung und ihres dauerhaften Betriebs ist derzeit eher unklar.

Deswegen sollten drittens auch bestehende öffentlich-rechtliche Medienstrukturen gestärkt und fortentwickelt werden. Der Grundgedanke solcher „Public Service Medien“ ist, dass ihre Finanzierung durch die Gesellschaft direkt an einen Auftrag für die Gesellschaft gekoppelt ist. In Deutschland umfasst dies etwa, im Sinne von „freier, individueller und öffentlicher Meinungsbildung zu wirken und dadurch die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft“ (MStV, 2025, §26) zu erfüllen. Zwar zeigen empirische Befunde, dass öffentlich-rechtliche Medien in Deutschland nach wie vor weite Teile der Bevölkerung erreichen und wichtige Synchronisierungs- und Repräsentationsleistungen erbringen (Schmidt & Storll, 2026). Doch um dem ebenfalls im Medienstaatsvertrag festgeschriebenen Ziel gerecht zu werden, gesellschaftliche Dialogräume im Sinne eines „Public Open Space“ (Kalbhenn, 2026) zu eröffnen, besteht noch erheblicher Reformbedarf. Dass diese Dialogräume dabei professionelle epistemische Normen, etwa zur Bedeutung von unabhängig geprüftem und gesichertem Wissen, beachten und zugleich extremistische und demokratiefeindliche Positionen klar als solche benennen sollten, versteht sich von selbst. ■

**Dr. Jan-Hinrik Schmidt** ist Senior Researcher für digitale interaktive Medien und politische Kommunikation am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg. Er leitet den Programmbereich „Gesellschaftliche Funktionen von Medien und Kommunikation“ sowie den Hamburger Standort des „Forschungsinstituts gesellschaftlicher Zusammenhalt“.

<sup>3</sup> Eurosky. (o. J.): Eurosky: Your Portal to the Atmosphere. <https://eurosky.tech> (05.06.2026).

## Literatur

**Behre, J., Hölig, S., Stöwing, E. & Möller, J. (2025).** *Reuters Institute Digital News Report 2025: Ergebnisse für Deutschland* (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts Nr. 77). <https://doi.org/10.21241/ssolar.102887> (05.06.2026).

**Benkler, Y. (2006).** *The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom*. Yale University Press.

**Bennett, W. L. & Kneuer, M. (2024).** Communication and democratic erosion: The rise of illiberal public spheres. *European Journal of Communication*, 39 (2), S. 177–196. <https://doi.org/10.1177/02673231231217378> (05.06.2026).

**Birrer, A. & Just, N. (2024).** What we know and don't know about deepfakes: An investigation into the state of the research and regulatory landscape. *New Media & Society*, Artikel 14614448241253138. Vorab-Onlinepublikation. <https://doi.org/10.1177/14614448241253138> (05.06.2026).

**Bishop, S. (2025).** *Influencer creep: How optimization, authenticity, and self-branding transform creative culture*. University of California Press.

**Brodnig, I. (2024).** *Wider die Verrohung: Über die gezielte Zerstörung öffentlicher Debatten: Strategien & Tipps, um auf Emotionalisierung und Fake News besser antworten zu können*. Brandstätter.

**Hepp, A. (2020).** *Deep mediatization. Key ideas in media and cultural studies*. Routledge.

**Husovec, M. (2024).** Overview of the DSA. In M. Husovec (Hrsg.), *Principles of the digital services act*, S. 19–32. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/law-occl/9780192882455.003.0002> (05.06.2026).

**Kalbhenn, J. C. (2026).** *Wege zu einer gemeinwohlorientierten digitalen Medienordnung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Public Open Space im Reformstaatsvertrag*. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1967612> (05.06.2026).

**Klinger, U., Lance Bennett, W., Knüpfer, C. B., Martini, F. & Zhang, X. (2023).** From the fringes into mainstream politics: intermediary networks and movement-party coordination of a global anti-immigration campaign in Germany. *Information, Communication & Society*, 26 (9), S. 1.890–1.907. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2022.2050415> (05.06.2026).

**Kumkar, N. C. (2025).** *Polarisierung: Die Ordnung der Politik*. edition suhrkamp: Bd. 2814. Suhrkamp.

**Leidig, E. (2023).** *The women of the far right: Social media influencers and online radicalization*. Columbia University Press.

**Mansell, R., Durach, F., Kettemann, M. C., Lenoir, T., Procter, R., Tripathi, G. P. & Tucker, E. (2025).** *Information ecosystems and troubled democracy: The state of knowledge on news media, AI, and data governance*. Nordicom. <https://doi.org/10.48335/9789189864238> (05.06.2026).

**Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023).** *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. edition suhrkamp. Suhrkamp.

**Medienstaatsvertrag (2025).** [https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user\\_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze\\_Staatsvertraege/Medienstaatsvertrag\\_MStV.pdf](https://www.die-medienanstalten.de/fileadmin/user_upload/Rechtsgrundlagen/Gesetze_Staatsvertraege/Medienstaatsvertrag_MStV.pdf) (05.06.2026).

**Reuschenbach, J. & Frenzel, K. (2024).** *Defekte Debatten: Warum wir als Gesellschaft besser streiten müssen*. suhrkamp nova: Bd. 5438. Suhrkamp.

**Saldivia Gonzatti, D. & Völker, T. (2026).** Far-right agenda setting: How the far right influences the political mainstream. *European Journal of Political Research*, 65 (1), S. 101–123. <https://doi.org/10.1017/S1475676525100066> (05.06.2026).

**Scharfbillig, M., Lewandowsky, S., Altay, S., van Alsteyne, M., Kozyreva, A., Hertwig, R., Lorenz-Spreen, P., Diresta, R., Valenzuela, S., Egidy, S., Quattrocchi, W. & Orben, A. (2026).** *Fractured reality: How democracy can win the global struggle over the information space*. [https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC144603/JRC144603\\_01.pdf](https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC144603/JRC144603_01.pdf) <https://doi.org/10.2760/9358883> (05.06.2026).

**Schmidt, J.-H. (2019).** Soziale Medien als Innovation. In B. Blättel-Mink, I. Schulz-Schaeffer & A. Windeler (Hrsg.), *Handbuch Innovationsforschung*, S. 797–810. Springer Fachmedien. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-17671-6\\_52-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-17671-6_52-1) (05.06.2026).

**Schmidt, J.-H. & Storll, D. (2026).**

Leistungen der öffentlich-rechtlichen Medien für den Zusammenhalt in Deutschland: Erwartungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung aus der ARD/ZDF/Deutschlandradio-Zusammenhaltsstudie 2025. *Media Perspektiven* (13), S. 1–18. [https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user\\_upload/media-perspektiven/pdf/2026/MP\\_13\\_2026\\_Leistungen\\_der\\_oeffentlich-rechtlichen\\_Medien\\_fuer\\_den\\_Zusammenhalt\\_in\\_Deutschland.pdf](https://www.media-perspektiven.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2026/MP_13_2026_Leistungen_der_oeffentlich-rechtlichen_Medien_fuer_den_Zusammenhalt_in_Deutschland.pdf) (05.06.2026).

**Taddicken, M. & Schmidt, J.-H.**

**(2023).** Soziale Medien und Öffentlichkeit(en). In J.-H. Schmidt & M. Taddicken (Hrsg.), *Handbuch Soziale Medien* (2. Aufl.), S. 35–54. Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-03895-3\\_22-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-03895-3_22-1) (05.06.2026).

**Tagesschau. (2024).** „Es ist etwas ins Rutschen geraten“. <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/bauernproteste-politik-100.html> (05.06.2026).

**van Dijck, J., Poell, T. & Waal, M. de.**

**(2018).** *The Platform Society: Public values in a connective world*. Oxford University Press.

**Zimmermann, F. & Kohring, M.**

**(2018).** „Fake News“ als aktuelle Desinformation. Systematische Bestimmung eines heterogenen Begriffs. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 66 (4), S. 526–541. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-526> (05.06.2026).

# KI als Instrument extremistischer Kommunikation: Mechanismen, Risiken und Gegenstrategien

Kaiya M. Reisch

**K**ünstliche Intelligenz (KI) verändert Radikalisierungsdynamiken und extremistische Kommunikation in sozialen Medien grundlegend. In einer digitalen Kommunikationsumgebung, in der Sprachmodelle, Deepfakes und datengetriebene Analysesysteme ineinandergreifen, wird es zunehmend schwieriger, zwischen organischer Meinungsbildung und gezielter Einflussnahme zu unterscheiden. Inhalte entstehen schneller, wirken authentischer und lassen sich präziser auf einzelne Personen zuschneiden als je zuvor. Gleichzeitig verschwimmen die Grenzen zwischen realen und künstlich erzeugten Akteur\*innen. Extremistische Gruppen haben diese Entwicklung früh erkannt und nutzen KI bereits gezielt, um ihre Ideologien zu verbreiten, Anhänger\*innen zu gewinnen und gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen.

Der vorliegende Beitrag beleuchtet, auf welchen Ebenen KI von extremistischen Akteur\*innen eingesetzt wird, welche Folgen das für den demokratischen Zusammenhalt hat, welche Herausforderungen und Chancen sich daraus für Fachkräfte der Präventionsarbeit ableiten lassen und welche Regulierungsansätze bisher existieren – einschließlich deren Grenzen.

KI besitzt kein Bewusstsein, keine eigenen Absichten und keine moralischen Maßstäbe. Sie verarbeitet Muster in Daten und optimiert darauf basierend ihre Ausgaben. Diese scheinbare Neutralität ist jedoch trügerisch: Weil KI keine Intentionen hat, lässt sich Verantwortung schwer zuordnen. Wenn ein Algorithmus diskriminierende Empfehlungen ausspielt, extremistische Inhalte verstärkt oder Falschinformationen

verbreitet, bleibt die Haftungsfrage – Entwickler\*innen? Betreiber\*innen? Nutzer\*innen? – strukturell offen (Friedrich-Ebert-Stiftung, o. J.). Entscheidend ist daher, in wessen Interesse sie eingesetzt wird: Kommerzielle Systeme sind primär auf Profitmaximierung ausgerichtet, nicht auf Demokratiestabilisierung. Zudem ist KI strukturell nicht neutral: Trainingsdaten reproduzieren gesellschaftliche Ungleichheiten (Daten-Bias), Auswahlentscheidungen über Daten und Optimierungsziele sind politisch, algorithmische Gewichtung wirkt normativ, und KI ist stets in Plattformlogiken, Recht und kulturelle Normen eingebettet (ebd.). Gerade diese kommerzielle Ausrichtung ist relevant. Sie ist der Hebel, an dem extremistische Akteur\*innen ansetzen: Denn was Aufmerksamkeit erzeugt, erzeugt zugleich Umsatz.

Die eigentliche Transformation liegt in den drastisch gesunkenen Zugangshürden. Per Prompt wird in Sekunden möglich, was früher Spezialwissen und Ressourcen erforderte: Texte, Bilder, Videos, Bot-Kommunikation. Für die Prävention verschiebt das die Aufgabe grundlegend: KI-generierte Inhalte entstehen schneller, als sie moderiert werden können. Reaktives Erkennen und Entfernen greift daher zu kurz. Gleichzeitig besteht eine strukturelle Asymmetrie: Extremist\*innen erzeugen mit minimalem Aufwand massenhaft Inhalte, während Präventionsarbeit personal- und zeitintensiv bleibt. Diese Schere lässt sich nur durch Resilienz schließen. Dazu gehört digitale Medienkompetenz, Prebunking gegen typische Manipulationsmuster und die Befähigung von Multiplikator\*innen, KI-Inhalte einzuordnen.

### **Neue Werkzeuge, neue Strategien: Wie Extremist\*innen KI nutzen**

Extremistische Akteur\*innen nutzen künstliche Intelligenz nicht einheitlich, sondern entlang miteinander verzahnter Prozesse aus Analyse, Inhaltserstellung und Verbreitung. Diese Elemente bilden ein sich gegenseitig verstärkendes System.

Um Muster in Onlineaktivitäten zu erkennen und daraus abzuleiten, welche Personen oder Gruppen besonders empfänglich für bestimmte Inhalte sein könnten, wird sogenannte deskriptive KI eingesetzt, das heißt die datenbasierte Analyse von Nutzer\*innenverhalten (Schroeder et al., 2026). Neben klassischen demografischen Daten können dabei psychologische Faktoren eine Rolle spielen, etwa Frustration, politische Entfremdung oder das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, die bei Jugendlichen und anderen vulnerablen Gruppen besonders ausgeprägt sein können. Auf dieser Grundlage können Zielgruppen segmentiert und potenzielle Anknüpfungspunkte für Narrative identifiziert werden (Schroeder et al., 2026). Damit entsteht die Voraussetzung für eine gezielte Ansprache – auch wenn deren tatsächliche Wirksamkeit je nach Kontext variiert.

Auf Basis dieser Analysen wird dann generative KI zur Produktion von Inhalten eingesetzt. Der sogenannte Islamische Staat etwa nutzte nach (aber auch schon davor in anderen Kontexten) dem Anschlag auf die Konzerthalle „Crocus City Hall“ 2024 in Krasnogorsk KI-generierte Avatar-Sprecher für eigene „Nachrichten“-Videos; Sympathisant\*innen von al-Qaida und dem IS produzierten Deepfake-Musikvideos mit bekannten Figuren wie Spongebob Schwammkopf oder populäre YouTuber wie MrBeast, um jugendliche Zielgruppen zu erreichen (Lang, 2026; Katz,

2024). Der Islamic Media Cooperation Council, eine al-Qaida-nahe Mediengruppe, veröffentlichte 2024 zudem eine arabischsprachige Anleitung zur Nutzung von ChatGPT für Propagandazwecke (Katz, 2024).

Generative KI verändert damit extremistische Kommunikation grundlegend: Mit minimalem personellem Aufwand lassen sich große Mengen an Inhalten in unterschiedlichen Varianten produzieren – angepasst an Plattform, Zielgruppe und Kommunikationsziel (Centre for International Governance Innovation, 2026). Ergänzend können Chatbots direkte Interaktionen mit Nutzer\*innen simulieren und so auch Rekrutierungsprozesse unterstützen (Lavie-Driver & van der Linden, 2025). Besonders relevant sind Deepfakes: täuschend echte Audio- oder Videoaufnahmen, die Personen Aussagen in den Mund legen, die sie nie getätigt haben. Sie dienen der gezielten Desinformation und der Destabilisierung öffentlicher Kommunikation.

Die Verbreitung dieser Inhalte erfolgt häufig über koordinierte Netzwerke aus automatisierten und halb-automatisierten Accounts. Diese verstärken Inhalte systematisch und erhöhen deren Sichtbarkeit, wodurch der Eindruck gesellschaftlicher Relevanz entsteht. Dabei spielen synthetische Identitäten zunehmend eine zentrale Rolle. KI-generierte Profilbilder und automatisch erstellte Biografien ermöglichen die Erstellung vollständig erfundener Personen, die in sozialen Netzwerken scheinbar authentisch agieren. Diese Accounts beteiligen sich an Diskussionen und verstärken bestimmte Narrative, ohne dass reale Urheber\*innen erkennbar sind.

Ein solches Muster zeigt sich beispielsweise im islamistischen Kontext: Unter KI-generierten Profilbildern kommentieren Islamist\*innen etwa den Israel-Gaza-Krieg und stellen politische Akteur\*innen verzerrt dar

**„Mit minimalem personellem  
Aufwand lassen sich große Mengen  
an Inhalten in unterschiedlichen  
Varianten produzieren – angepasst  
an Plattform, Zielgruppe und  
Kommunikationsziel“**

(jugendschutz.net, 2025). Dabei wird auch das sogenannte Ghiblification-Stilmittel genutzt: Fotos werden mithilfe des ChatGPT-Bildgenerators in Anime-Ästhetik umgewandelt, um politisch gefärbte Inhalte unauffälliger zu verbreiten. Durch solche Darstellungen erschüttern islamistische Akteur\*innen das Vertrauen in klassische Medien und nutzen KI, um gezielter auf bestimmte Zielgruppen zuzugreifen (jugendschutz.net, 2025; Lang, 2026). Hier verschränken sich Inhaltserstellung, Identitätskonstruktion und strategische Verbreitung auf eine Weise, die für Nutzer\*innen kaum durchschaubar ist.

### Algorithmen als unsichtbare Diskursakteure

Algorithmische Empfehlungssysteme sind keine passiven Filter, sondern aktive Gestaltungskräfte des digitalen Diskurses. Algorithmische Empfehlungssysteme priorisieren dabei nicht inhaltliche Qualität, sondern Interaktionswahrscheinlichkeit – Klicks, Likes, Kommentare, Verweildauer. Das begünstigt Inhalte, die starke emotionale Reaktionen auslösen: Empörung, Angst oder Unsicherheit erhöhen Interaktion und damit Reichweite (Kukaj, 2020).

Extremistische Akteur\*innen nutzen diesen Mechanismus gezielt aus: Durch die massenhafte Produktion provokanter Inhalte, ermöglicht und skaliert durch generative KI, erhöhen sie systematisch die Wahrscheinlichkeit algorithmischer Verstärkung. Das Motiv ist dabei nicht nur ideologisch, sondern auch strategisch-ökonomisch: Reichweite schafft Sichtbarkeit, Sichtbarkeit ermöglicht Rekrutierung und Spendenakquise (jugendschutz.net, 2025). Hinzu kommt ein Rückkopplungseffekt: Inhalte mit hohen Interaktionszahlen werden häufiger ausgespielt und weiter verstärkt durch reale Nutzer\*innen ebenso wie durch automatisierte Bots. So greifen technische Systeme und soziale Interaktionen ineinander und lassen künstlich angestoßene Diskurse als vermeintlich organische öffentliche Debatte erscheinen.

### Erosion von Wirklichkeit

Die Kombination aus generativer KI, datengetriebener Zielgruppenansprache und algorithmischer Verbreitung verschiebt grundlegend, wie Informationen wahrgenommen werden: Inhalte werden synthetisch erzeugt, personalisiert und in ihrer Sichtbarkeit systematisch gefiltert. Deepfakes verschärfen diesen Effekt

besonders: Wenn audiovisuelle Inhalte täuschend echt manipulierbar sind, verliert das Sichtbare an Beweiskraft; wenn künstliche Netzwerke Zustimmung simulieren, wird unklar, welche Meinungen tatsächlich vorherrschen.

Besonders folgenreich ist dabei die sogenannte Lügner\*innen-Dividende (liar's dividend): Je besser synthetische Inhalte werden, desto leichter lassen sich auch authentische Informationen als Fälschung diskreditieren, mit dem Ergebnis eines allgemeinen Vertrauensverlusts in digitale Information (Schroeder et al., 2026).

### Risiken für die demokratische Öffentlichkeit

Digitale Plattformen sind keine neutralen Räume: Algorithmische Empfehlungssysteme strukturieren aktiv, welche Inhalte sichtbar werden, und verschieben damit schleichend die Grenzen des Sagbaren (Gemkow, 2025). Ein zentrales Muster ist die schrittweise Normalisierung radikaler Inhalte – von ironischen oder Meme-basierten Formaten hin zu direkteren ideologischen Positionen. Diese sogenannte Rabbit-Hole-Dynamik wirkt dabei weniger als alleiniger Treiber denn als Verstärker bestehender Dispositionen (Hosseinmardi et al., 2021).

KI-gestützte Empfehlungssysteme beschleunigen diesen Prozess: Polarisierende Inhalte erzielen überproportionale Reichweiten, differenzierte Positionen verlieren an Sichtbarkeit – mit der Folge einer zunehmenden Fragmentierung der digitalen Öffentlichkeit in ideologisch abgeschlossene Teilöffentlichkeiten (Gemkow, 2025).

Hinzu kommen psychologische Effekte, die diese Entwicklung verstärken. Menschen neigen dazu, Informationen zu bevorzugen, die ihre bestehenden Überzeugungen bestätigen (Confirmation Bias), und bewerten wiederholt präsentierte Inhalte als glaubwürdiger – selbst wenn diese nachweislich falsch sind (Illusory Truth Effect; vgl. Pantazi, 2021). Gleichzeitig kann ein als aggressiv oder polarisierend wahrgenommener Diskurs dazu führen, dass sich Teile der Nutzer\*innen aus öffentlichen Debatten zurückziehen (Silencing Effect; vgl. Noelle-Neumann, 1974). Insgesamt entsteht so eine verzerrte Öffentlichkeit, in der extreme Positionen stärker sichtbar sind, als es ihrer tatsächlichen gesellschaftlichen Verbreitung entspricht (Lavie-Driver & van der Linden, 2025).

## „Algorithmische Empfehlungssysteme sind keine passiven Filter, sondern aktive Gestaltungskräfte des digitalen Diskurses“

Besonders kritisch sind Wahlkampfphasen. In diesen Zeiträumen steigt nicht nur die politische Aufmerksamkeit, sondern auch die Anfälligkeit für emotional aufgeladene und manipulative Inhalte. Gezielte Desinformationskampagnen (Centre for International Governance Innovation, 2026) sowie automatisierte KI-Systeme und Bots wirken hier besonders effektiv (Schroeder et al., 2026). Bei der rumänischen Präsidentschaftswahl 2024 etwa trugen koordinierte TikTok-Kampagnen mit mutmaßlicher KI-Unterstützung wesentlich zur Sichtbarkeit des rechtsextremen Kandidaten Călin Georgescu bei, der den ersten Wahlgang überraschend gewann, was zur Annullierung des Ergebnisses und zur Anordnung einer Neuwahl führte (Muno, 2024).

Ähnliche Muster zeigen sich jedoch auch im islamistischen Kontext: Islamistische Akteur\*innen nutzen algorithmische Aufmerksamkeitslogiken gezielt, indem sie emotional aufgeladene Inhalte produzieren, die hohe Interaktionsraten erzielen und so vom Algorithmus bevorzugt ausgespielt werden (Lang, 2026). Dabei agieren sie plattformspezifisch und zielgruppenorientiert, auf TikTok etwa mit kurzen, ästhetisch ansprechenden Formaten, die sich an jugendliche Nutzer\*innen richten und Vertrautheit simulieren (Lang, 2026; Siegel, 2024). KI schließt also die Ressourcenlücke zwischen unterschiedlichen Akteurstypen: Während staatliche Akteure traditionell über deutlich größere Produktionskapazitäten verfügen, ermöglicht KI es heute auch nichtstaatlichen Gruppen, mit geringem Aufwand ähnlich professionelle Desinformationskampagnen zu betreiben – was das Argument sinkender Zugangshürden unmittelbar unterstreicht.

Die Konsequenz ist eine demokratisch relevante Verschiebung: Wenn digitale Sichtbarkeit zunehmend nach emotionaler Wirkung statt nach epistemischer Qualität vergeben wird, verlieren deliberative Öffent-

lichkeiten ihre Grundlage. Die Frage ist dabei nicht mehr nur, ob einzelne Falschinformationen verbreitet werden, sondern ob die Infrastruktur digitaler Kommunikation selbst demokratieförderliche Debatten strukturell benachteiligt (Gemkow, 2025).

### Regulierung, Verantwortung und offene Fragen

Die Europäische Union hat früh versucht, auf die tiefgreifenden Veränderungen durch digitale Plattformen und künstliche Intelligenz zu reagieren. Mit dem Digital Services Act (DSA), der zwischen 2022 und 2024 schrittweise eingeführt wurde, sowie dem seit 2024 geltenden und weiter schrittweise umgesetzten Artificial Intelligence Act (AI Act) wurde ein umfassender regulatorischer Rahmen geschaffen. Der DSA verpflichtet große Onlineplattformen unter anderem zur Transparenz über Inhaltsmoderation, Empfehlungs- und Werbesysteme sowie zur Durchführung von Risikobewertungen, etwa im Hinblick auf Desinformation und Manipulation von Nutzerverhalten. Ziel ist es, systemische Risiken frühzeitig zu erkennen und zu reduzieren (European Commission, 2026a). Der AI Act folgt einem risikobasierten Ansatz: Je höher das potenzielle Risiko eines KI-Systems, desto strengere Anforderungen gelten an Transparenz, Dokumentation und Kontrolle. Bestimmte Praktiken, etwa manipulative oder intransparente KI-Systeme, können ganz verboten werden (European Commission, 2026b).

Diese Regulierungsansätze stoßen jedoch an strukturelle Grenzen. Erstens bleibt die praktische Durchsetzung komplex: Inhalte entstehen in enormer Menge, verbreiten sich global und lassen sich technisch nur begrenzt in Echtzeit prüfen. Zweitens unterscheiden sich rechtliche und kulturelle Normen zwischen Staaten erheblich: Eine einheitliche Durchsetzung ist damit kaum möglich. Drittens ist die Verantwortungs-

zuschreibung gegenüber Plattformen schwierig: Sie argumentieren, dass eine stärkere Inhaltskontrolle in Konflikt mit Meinungsfreiheit gerät. Und viertens besteht das Risiko, dass strikte Verbote Innovation lediglich in Länder mit weniger Regulierung verlagern, anstatt sie zu verhindern.

Auch technische Gegenmaßnahmen sind begrenzt. Wasserzeichen, Metadaten oder KI-Erkennungssysteme können helfen, synthetische Inhalte sichtbar zu machen, doch lassen sie sich durch gezielte Gegenstrategien umgehen. Zugleich besteht ein dynamisches Wechselspiel zwischen Erzeugung und Kontrolle, das keine statische Lösung erlaubt.

Insgesamt entsteht ein Spannungsfeld zwischen Regulierung, Plattformverantwortung, technischer Umsetzbarkeit und der Frage nach grundsätzlichen Grenzen technologischer Entwicklung. Regulierung schafft damit notwendige, aber keine hinreichenden Bedingungen – sie definiert lediglich den Rahmen, in dem andere Akteur\*innen wirksam werden müssen.

### Fazit und Ausblick

Künstliche Intelligenz verändert nicht nur einzelne Aspekte extremistischer Kommunikation, sondern die Struktur digitaler Öffentlichkeit insgesamt. Sie macht Propaganda schneller, günstiger und zielgerichteter und erschwert gleichzeitig ihre Erkennung. Die entscheidende Frage ist daher nicht, ob KI genutzt wird, sondern wie ihr auf gesellschaftlicher, institutioneller und pädagogischer Ebene wirkungsvoll begegnet werden kann.

Dieselbe Technologie kann jedoch auch zur Stärkung demokratischer Resilienz beitragen. KI-gestützte Erkennungssysteme, Prebunking-Ansätze und koordinierte Monitoring-Strukturen bieten vielversprechende Ansätze – wenngleich ihre Wirksamkeit empirisch unterschiedlich belegt ist (Centre for International Governance Innovation, 2026). In der Präventionspraxis ist KI auf mehreren Ebenen produktiv einsetzbar: als pädagogisches Aufbereitungstool, zur Fallpriorisierung in der Beratungsarbeit sowie zur systematischen Durchsuchung extremistischer Netzwerke im Monitoring (Lang, 2026). Sicherheitsbehörden nutzen KI bereits zur Hotspot-Erkennung und im Predictive Policing – wenngleich rechtliche und ethische Implikationen kritisch diskutiert werden müssen (ebd.).

Die Wirkung der Technologie hängt davon ab, in welche Systeme sie eingebettet ist und zu welchen Zwecken sie eingesetzt wird. Digitale Medienkompetenz – die Fähigkeit, Inhalte kritisch zu hinterfragen und algorithmische Mechanismen zu verstehen – wird dabei zur Schlüsselkompetenz (Gemkow, 2025). Technische, rechtliche und pädagogische Ansätze greifen nur dann effektiv ineinander, wenn sie koordiniert umgesetzt werden (Lang, 2026).

Die Frage ist also nicht mehr, ob KI digitalen Extremismus verändert – das ist Realität. Konkret hieße wirksame Gegenwehr: gemeinsame Frühwarn- und Monitoring-Strukturen, die nicht an institutionellen Grenzen enden; verlässliche Finanzierung, die Präventionsträgern erlaubt, technisches Know-how aufzubauen, statt es projektweise wieder zu verlieren; und Medienbildung, die früh genug ansetzt, um Resilienz zu schaffen, bevor Radikalisierung beginnt. Die Frage ist, wie Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen und Behörden gemeinsam die Bedingungen herstellen, unter denen diese Technologie zum Schutz demokratischer Öffentlichkeit eingesetzt werden kann. ■

**Kaiya M. Reisch** arbeitet seit 2026 bei der BAG RelEx, zuvor war sie bei CEOPS (Center for Education on Online Prevention in Social Networks, AVP e. V.) tätig. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie künstliche Intelligenz extremistische Ansprache und Radikalisierung in sozialen Medien verändert und was das für Prävention bedeutet. Ihr Interesse gilt den Schnittstellen von Technologie, Rhetorik und Radikalisierung: Wie nutzen extremistische Akteur\*innen KI-Tools, welche Narrative entstehen dabei und werden genutzt, und wie kann Prävention darauf reagieren?

## Literatur

**Centre for International Governance Innovation. (2026).** *From Trolls to Generative AI: Russia's Disinformation Evolution*. <https://www.cigionline.org/publications/from-trolls-to-generative-ai-russias-disinformation-evolution/> (27.04.2026).

**European Commission. (2026a).** *The Digital Services Act. Shaping Europe's Digital Future*. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/digital-services-act> (27.04.2026).

**European Commission. (2026b).** *AI Act. Shaping Europe's Digital Future*. <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/regulatory-framework-ai> (27.04.2026).

**Friedrich-Ebert-Stiftung. (o. J.).** Künstliche Intelligenz einfach erklärt. <https://www.fes.de/digitales-lernen/infografiken/kuenstliche-intelligenz> (27.04.2026).

**Gemkow, J. (2025).** Die epistemische Krise am Beispiel der AfD und die Verantwortung der Medienpädagogik. *MedienPädagogik* (Jahrbuch Medienpädagogik 22), S. 1–30. <https://doi.org/10.21240/mpaed/jb22/2025.11.22.X> (27.04.2026).

**Hosseinmardi, H., et al. (2021).** Examining the consumption of radical content on YouTube. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 118 (32). <https://doi.org/10.1073/pnas.2101967118> (27.04.2026).

**jugendschutz.net. (2025).** *Jugendschutz im Internet 2025: Risiken und Handlungsbedarf* [Jahresbericht]. [https://www.jugendschutz.net/file-admin/daten/publikationen/jahresberichte/jahresbericht\\_2025.pdf](https://www.jugendschutz.net/file-admin/daten/publikationen/jahresberichte/jahresbericht_2025.pdf) (27.04.2026).

**Katz, R. (2024).** *SITE Special Report: Extremist movements are thriving as AI tech proliferates*. SITE Intelligence Group. <https://ent.siteintelgroup.com/content/articles-and-analysis/extremist-movements-are-thriving-as-ai-tech-proliferates/> (20.05.2026).

**Kukaj, A. (2020).** Algorithmen, Extremismus und die Aufmerksamkeitsindustrie. *Zeitschrift für Semiotik*, 42 (3-4), S. 87-91.

**Lang, I. (2026).** Künstliche Intelligenz und Islamismus(-prävention). Eine Einordnung zum Verhältnis technologischer Innovation und islamistischer Radikalisierung im digitalen Raum. *Infodienst Radikalisierungsprävention*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/infodienst/572545/kuenstliche-intelligenz-und-islamismus-praevention/> (20.05.2026).

**Lavie-Driver, N. & van der Linden, S. (2025).** Social media, AI, and the rise of extremism during intergroup conflict. *Frontiers in Social Psychology*, 3. <https://doi.org/10.3389/frsps.2025.1711791> (27.04.2026).

**Muno, M. (2024).** Die Rolle von TikTok bei der rumänischen Präsidentschaftswahl. *Deutsche Welle*. <https://www.dw.com/de/vor-zweitem-wahl-gang-entscheidet-tiktok-ob-calin-georgescu-pr%C3%A4sident-von-rum%C3%A4nien-wird/a-70935575> (27.04.2026).

**Noelle-Neumann, E. (1974).** The spiral of silence: A theory of public opinion. *Journal of Communication*, 24 (2), S. 43–51. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1974.tb00367.x> (27.04.2026).

**Pantazi, M. (2021).** Social and cognitive aspects of the vulnerability to political misinformation. *Political Psychology*, 42 (S1), S. 267–297. <https://doi.org/10.1111/pops.12797> (27.04.2026).

**Schroeder, D. T. et al (2026).** How malicious AI swarms can threaten democracy. *Science*, 391 (6783), S. 354–357.

**Siegel, D. (2024).** AI Jihad: Deciphering Hamas, Al-Qaeda and Islamic State's generative AI digital arsenal. *Global Network on Extremism and Technology (GNET)*. <https://gnet-research.org/2024/02/19/ai-jihad-deciphering-hamas-al-qaeda-and-islamic-states-generative-ai-digital-arsenal/> (20.05.2026).

# Ideologische und politische Deutungsräume in digitalen Öffentlichkeiten

---

27 Couple Content, Palästina und die Stadtbild-Debatte:  
Jugendkulturelle Themen in digitalen Räumen als  
Ausgangspunkt der universellen Islamismusprävention

---

34 Antifeminismus, Manosphere und die Normalisierung  
von Demokratiefeindlichkeit

---

40 „Journalismus entsteht ja nicht in einem  
kontextfreien Raum“

---



# Couple Content, Palästina und die Stadtbild-Debatte

---

## Jugendkulturelle Themen in digitalen Räumen als Ausgangspunkt der universellen Islamismusprävention

---

Sakina Abushi & Götz Nordbruch

**J**ugendkulturelle Themen spielen in islamistischen Medien eine wichtige Rolle, ohne dass diese unmittelbar als Ausdruck eines islamistischen Weltbildes zu erkennen wären. Angesichts einer zunehmenden Regulierung durch die Plattformbetreiber, aber auch strafrechtlicher Verfolgung, spielen beispielsweise Gewaltaufrufe auf vielen Plattformen nur noch eine untergeordnete Rolle. In vielen Beiträgen, die von islamistischen Akteur\*innen in digitalen Medien verbreitet werden, nehmen dagegen alltägliche Interessen, Bedürfnisse und Fragen breiten Raum ein, die unmittelbar an den Lebensrealitäten junger Menschen anknüpfen. Die Themen sind unverfänglich und legitim, erst in der ideologischen Rahmung, Umdeutung und Zuspitzung fügen sie sich in islamistische Narrative. In der Präventionsarbeit ist es daher notwendig, an den Interessen junger Menschen selbst anzusetzen und in der Auseinandersetzung mit diesen Themen jene kognitiven, kommunikativen und emotionalen Kompetenzen zu stärken, die der Attraktivität extremistischer Ansprachen mit ihren einfachen Deutungsangeboten und rigiden Vorstellungen von Identität, aber auch islamistisch geprägten sozialen Bindungen und Gemeinschaftserfahrungen entgegenwirken.

Vor diesem Hintergrund widmet sich der hier vorliegende Beitrag Themen, die in digitalen Lebenswelten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen verhandelt werden, die aber auch von islamistischen

Akteur\*innen aufgegriffen und in islamistischen Narrativen instrumentalisiert werden. Es geht also ausdrücklich um Themen, die an sich nicht islamistisch geprägt sind.

Studien der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass islamistische Akteur\*innen gezielt populäre Social-Media-Formate adaptieren und bewusst niedrigschwellig gestalten (jugendschutz.net, 2024; Landesanstalt für Medien NRW, 2025; Vogel, 2023). Im Folgenden werden drei Themenkomplexe beleuchtet, die aktuell unter jungen Menschen in deutschsprachigen digitalen Medien verhandelt werden und in denen sich Schlüsselfragen Jugendlicher und junger Erwachsener zeigen. Dabei geht es zunächst um Beiträge, in denen Fragen von Partnerschaft junger Nutzer\*innen in islamisch gerahmten Kontexten thematisiert werden, um daran verbreitete Normen, Erwartungen und Herausforderungen in Bezug auf Freundschaft und romantische Beziehungen zu veranschaulichen. Anschließend werden Beiträge vorgestellt, denen ein metaphorischer Bezug auf „Palästina“ gemeinsam ist, der auch (!) in islamistischen Narrativen aufgegriffen und in Feindbildkonstruktionen und einfachen Weltdeutungen verarbeitet werden kann. Abschließend widmet sich der Artikel der Debatte um die Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz zum „Stadtbild“. Auch dieses Thema war ein wichtiges Motiv in Beiträgen islamistischer Akteur\*innen.

## Die perfekte Beziehung: Couple Content

Flitterwochen unter Palmen, Eifersuchtsdramen oder einfach der alltägliche Streit über Haare im Waschbecken: Inhalte, in denen es um romantische Beziehungen geht, also sogenannter Couple Content, sind auf Social Media weit verbreitet. Um ein realistisches, alltagsnahes Bild von Beziehung und Partnerschaft geht es bei Couple Content eher nicht. Ein wichtiges Motiv der Inhalte ist die „perfekte Beziehung“, die in hoch ästhetischen Bildern und Videos inszeniert wird, wie sie einige der reichweitenstärksten Kanäle liefern: das perfekte Date, das schönste Geschenk zum Jahrestag, der traumhafte Urlaub zu zweit. Diese Art von Content bedient das Bedürfnis junger Menschen nach Ästhetik und Unterhaltung, verführt aber auch dazu, sich zu vergleichen: Ist meine Beziehung besser oder schlechter? Was bietet mir mein\*e Partner\*in, wie viel Aufmerksamkeit lässt er\*sie mir zukommen?

Humorvoller Couple Content kommt alltagsnah und sympathisch daher, ist aber oft ebenso inszeniert. Pranks oder Challenges in Bezug auf Partnerschaften sind etablierte Entertainment-Formate, während „Er vs. Sie“-Posts mit Genderklischees und Unterschieden zwischen den Partner\*innen spielen. Diese Art von Content ist vor allem Unterhaltung und befördert Rollenklischees, wirkt aber auch entlastend, da er Alltagskonflikte mit Humor entschärft.

Ein weiteres, sehr präsenten Motiv ist Beratung und Bildung zu Beziehungsthemen. Wie kommuniziere ich am besten mit meinem\*meiner Partner\*in? Was sind sogenannte Red Flags, also Hinweise auf toxisches Verhalten in Beziehungen? Was sind hingegen Green Flags, also positive Merkmale potenzieller Partner\*innen? Diese Art von Content erfüllt das Bedürfnis nach Orientierung und klaren Regeln.

Von Muslim\*innen produzierter oder dezidiert islamisch konnotierter Couple Content ist inzwischen ein sichtbares Genre, auch im deutschsprachigen Raum. Hier sehen wir meist unproblematische, religiös geprägte Alltagsdarstellungen, die sich deutlich am „klassischen“ Couple Content orientieren. Paare, die sich als muslimisch identifizieren, teilen ihre Haltung zu Fragen des religiösen Alltags: Wann muss eine Frau ihren Körper vor Familienmitgliedern bedecken? Darf ein Ehepaar gemeinsam Bars oder Clubs besuchen? Wie sieht es mit Schwimmbädern oder Konzerten aus? Welche Berufe sind für Muslim\*innen tabu? Welche Bedingungen muss der potenzielle Ehepartner der gemeinsamen Tochter erfüllen?

Islamistische Akteur\*innen äußern sich zwar häufig zu Fragen von Ehe und Familie, sie produzieren jedoch keinen klassischen Couple Content, da in ihren Videos und Bildern nur äußerst selten Mann und Frau gleichzeitig zu sehen sind. Meist spricht entweder der Mann oder die Frau zu Ehe und Partnerschaft, der\*die Partner\*in ist höchstens im Hintergrund oder mit abgewandtem Gesicht zu sehen. Man könnte islamistischen Couple Content darum als indirekten Couple Content bezeichnen. Die zentralen Fragen sind dennoch ganz ähnlich wie bei anderen muslimischen Akteur\*innen: Was ist die ideale Rollenverteilung in der Ehe? Wie gestalte ich mein Alltagsleben nach religiösen Regeln? Was sagt der Islam zur Berechtigung der Mehrehe? Anders als bei islamisch konnotierten popkulturellen Influencer\*innen spiegeln sich in diesen Beiträgen allerdings explizit hierarchische und essenzialisierende Geschlechterrollen, die mit absoluten und vereindeutigenden Wahrheitsansprüchen in Bezug auf Weiblichkeit, Männlichkeit und Fragen von Partnerschaft und Sexualität einhergehen (Beyer et al., 2025; Landesanstalt für Medien NRW, 2025). Wenn z. B. sehr hierarchische Rollenverständnisse propagiert werden, die Idee einer Gleichberechtigung der Geschlechter abgelehnt oder ein absoluter Wahrheitsanspruch vertreten wird („der wahre Islam“), lässt das in vielen Fällen auf einen islamistischen Hintergrund des Kanals schließen. Die einzelnen Beiträge fügen sich dabei in ein ideologisches Weltbild, das wesentlich durch Geschlechterungleichheit und die Ablehnung individueller Aushandlungen von Geschlechterrollen und Geschlechterbeziehungen geprägt ist.

## Palästina – „choose identity“

Mit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 gewann auch der Nahostkonflikt als viel besprochenes und in unterschiedlicher Form verarbeitetes Thema in sozialen Medien wieder an Bedeutung. Ähnlich wie bei vorangegangenen Eskalationen, beispielsweise nach dem Beginn der sogenannten „zweiten Intifada“ im September 2000, dem Libanon-Krieg im Sommer 2006 oder dem Israel-Gaza-Konflikt im Mai 2021, bildeten die Ereignisse vor Ort – in diesem Fall die Gewalttaten der Hamas und der darauffolgende, verheerende Krieg in Gaza – nur den Anlass, um bereits bestehende Spannungen und Konflikte auch in Deutschland zu aktivieren und durch aktuelle Berichte über die Gewalt vor Ort zu befördern.

**„Während die Reaktionen in den sozialen Medien weitgehend von dem Wunsch nach – oft humoristisch verarbeiteter – Selbstbehauptung geprägt waren, spiegelte sich in islamistischen Kanälen eine grundsätzliche Ablehnung der säkularen Gesellschaft sowie ein damit einhergehendes Feindbild“**

In Beiträgen auf Instagram, TikTok oder YouTube wurden vielfach konkrete Ereignisse wie einzelne Luftangriffe, Äußerungen von Politiker\*innen oder auch politisch-juristische Fragen etwa zur rechtlichen Einordnung des israelischen Krieges als möglicher Genozid aufgegriffen und diskutiert. Neben der Auseinandersetzung mit den konkreten Geschehnissen in Palästina und Israel lässt sich eine darüber hinausgehende Beschäftigung mit dem Konflikt ausmachen, bei der die Ereignisse vor Ort oft nur noch als „Projektionsfläche und (...) Austragungsort von konflikt-haften politischen Selbstverständnissen und sozialen Erfahrungen, von Erinnerungspolitik und Vergangenheitsbewältigung, von Anerkennungs- und Gerechtigkeitserfahrungen“ (Niehoff, 2016, S. 13) dienen. Dabei finden sich zunehmend auch Inhalte, in denen „Palästina“ weitgehend als Metapher oder Chiffre erscheint, um über den unmittelbaren Konflikt hinausweisende Botschaften zu vermitteln.

Exemplarisch hierfür steht beispielsweise kommerzieller Content von jugendkulturell geprägten Marken wie der Getränkefirma Palestine Drinks oder dem Modelabel Creedlines, die ausdrücklich auf „Palästina“ Bezug nehmen, ohne dass dabei das konkrete Konfliktgeschehen im Mittelpunkt stünde. So wirbt Palestine Drinks Deutschland mit der Aussage „Unsere Cola, unsere Story. Palestine Drinks steht für Identität, Stolz und Selbstermächtigung. Nicht nur ein Getränk, sondern ein Statement“ (Palestine Drinks, 2025). Die mit den Hashtags #palestinewillbefree, #keffiyeh und #drinkwithpurpose versehenen Beiträge erreichen über 23.000 deutschsprachige Follower\*innen und nehmen dabei ausdrücklich Bezug auf Fragen von Anerkennung, Gerechtigkeit und Selbstwirksamkeit,

die auch dadurch unterstrichen werden, dass ein Teil der Einnahmen als Spende für humanitäre Zwecke im Gazastreifen verwendet werde. In ähnlicher Weise spiegeln sich auch in den Videos des Berliner Modelabels Creedlines vor allem identitätspolitische Botschaften, in denen symbolische oder stilistische Referenzen (zum Beispiel die Kufija, die Silhouette des Felsendoms oder Olivenzweige) mit jugendkultureller Streetwear verbunden werden. Interessant ist dabei die Mischung aus expliziten Verweisen beispielsweise auch auf mit Maschinengewehren bewaffnete Kämpfer und kurzen Videos, die optisch und von der Handlung her in einem jungen Businessmilieu in Berlin-Mitte verortet sind. So zeigt ein Video eine junge Frau, die von einem unbekannten Verehrer zunächst mit Rosen und luxuriösem Parfüm auf der Motorhaube ihres SUV bedacht wird, diese Avancen aber verächtlich zurückweist. Erst ein Hoodie mit dem Schriftzug „Palestine Athletics“ stößt bei ihr auf Gefallen – eine Reaktion, die im Video mit dem Statement „Creedlines – choose identity“ unterstrichen wird (creedlines, 2026).

Die Breite dieser Bezugnahmen, die aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und religiösen Spektren stammen, spiegelt sich auch in musikalischen Verarbeitungen des Konfliktes. So formuliert die Berliner Hiphopperin Siba in ihrem Ende 2024 veröffentlichten und breit in sozialen Medien geteilten Musikvideos „Dounana“ („Ohne uns“) auch in Bezug auf den aktuellen Krieg in Gaza eine vehemente Kritik an Kolonialismus und neokolonialer Politik, bezieht sich in dieser Abgrenzung vom „Westen“ aber auf ein antikoloniales Wir des Globalen Südens – und unterscheidet sich damit deutlich von einem islamistischen Wir, wie es in islamistischen Medien beschworen wird.

**„Präventionsansätze zielen  
daher auf die Förderung von  
Kompetenzen und die Stärkung  
von Selbstwirksamkeit,  
Zugehörigkeit, Teilhabe und  
sozialen Bindungen“**

Eine deutlich islamistisch geprägte Argumentation findet sich beispielsweise in dem Musikvideo „Smoke“ des Naschid-Sängers REDLION (2023), in dem er seine Wut über das israelische Vorgehen in Gaza mit einer Kritik an westlichen Lebensweisen und dem Hinweis auf vermeintliche Verschwörungen und Meinungsmanipulationen verbindet.

Die weitverbreitete Empörung und das Gefühl der Ohnmacht angesichts der flächendeckenden Zerstörungen und der unzähligen Toten in Gaza, die keineswegs nur unter Menschen mit familiären oder biografischen Verbindungen nach Israel und Palästina zu beobachten sind, findet auch in den sozialen Medien ein weites und facettenreiches Echo, ohne dass dies als Ausdruck von Sympathien für islamistische Organisationen oder den Terror der Hamas zu verstehen wäre. Allerdings werden in der Übernahme von Verschwörungserzählungen und religiös gerahmten Widerstandsnarrativen bisweilen auch Anknüpfungspunkte zu explizit islamistischen Spektren deutlich, die den Israel-Palästina-Konflikt als Ausdruck eines übergeordneten und existenziellen Kampfes zwischen dem Islam und den Nichtmuslim\*innen deuten.

**„Wir sind das Stadtbild“ – die Einforderung  
von Normalität**

Die Debatte um Friedrich Merz’ „Stadtbild“-Aussage löste auch in den sozialen Medien eine breite Kontroverse aus. Der Bundeskanzler hatte im Kontext einer Pressekonferenz am 14. Oktober 2025 zunächst über Erfolge bei der Begrenzung von Einwanderung gesprochen, dann aber auf ein fortwährendes „Problem im Stadtbild“ verwiesen, für das „in sehr großem Umfang auch Rückführungen“ notwendig seien. Seine

Worte wurden von vielen als mehr oder weniger unumwundene Gleichsetzung von Migration mit Kriminalität und Unsicherheit im öffentlichen Raum verstanden und stießen daher auf teilweise vehemente Kritik (Pickhan, 2026).

In sozialen Medien wurde die Äußerung vielfach aufgegriffen. Vor allem Menschen mit Migrationsbiografie fühlten sich direkt angesprochen, aufgrund ihres Aussehens als Problem im öffentlichen Raum identifiziert und dadurch entmenschlicht. Neben offener Empörung war Humor ein wichtiges Mittel, um Kritik an der Aussage zum Ausdruck zu bringen. In vielen Posts wurde Merz’ Äußerung satirisch umgedeutet: als Sketch, POV oder Re-Edit mit O-Ton des Kanzlers („Heute wieder das Stadtbild gefährden“). Eine der populärsten Reaktionen aus der Popkultur kam vom Rapper Eko Fresh. Er brachte die breite Kritik 2025 mit seinem Song „Friedrich“ auf den Punkt:

Ey, Friedrich, bey, aleykümselam  
Wir haben unser Life hier verbracht  
Doch werden in der zweiten Reihe geparkt  
Sag, wie läuft das mit dem Reichtum hier ab?

Ey, Friedrich, bey, selamünaleyküm  
Ich erzähl dir, was die Armen hier leisten  
Nur am Buckeln, weil das Para nicht reicht und  
Du weißt schon, so hart sind die Zeiten.

Eine Umdeutung der Aussage wurde auch in dem Slogan „Wir sind das Stadtbild“ sichtbar, mit dem insbesondere junge Menschen mit Migrationsbiografie zum Ausdruck brachten, dass das reale Stadtbild im positiven Sinne divers und für viele Menschen urba-

ne Normalität sei, während die Sprache vieler Politiker\*innen dieser Realität immer noch nicht gerecht werde. Der Satz fand als Meme, Hashtag, auf Demo-Schildern und in Kommentarspalten millionenfache Verbreitung.

Bemerkenswert ist, dass viele Reaktionen auf die Aussage des Bundeskanzlers in sozialen Medien weniger auf ein argumentatives Widerlegen im Sinne eines „debunking“ als vielmehr auf eine explizite Umdeutung mit den Mitteln der Satire abzielten – man könnte es „funbunking“ nennen.

Nicht überraschend wurde das Thema allerdings auch in islamistischen Kanälen wie „Muslim Interaktiv“, „Generation Islam“ oder „Realität Islam“ sowie von salafistischen Predigern aufgegriffen. Die Reaktion dieser Akteur\*innen unterschied sich aber von der oben beschriebenen breiteren Debatte dadurch, dass die Äußerung des Bundeskanzlers nicht nur als diskriminierende Aussage kritisiert, sondern vielmehr als Beleg für eine generell feindliche Haltung des deutschen Staates gegenüber Muslim\*innen interpretiert wurde. Während andere Creator\*innen gerade die Selbstverständlichkeit von Zugehörigkeit und damit auch Anerkennung einforderten, wendeten sich islamistische Akteur\*innen gegen Staat und Gesellschaft und begründeten dies mit einer vermeintlich zwangsläufig islamfeindlichen Politik der Nichtmuslim\*innen gegenüber den Muslim\*innen. Während die Reaktionen in den sozialen Medien weitgehend von dem Wunsch nach – oft humoristisch verarbeiteter – Selbstbehauptung geprägt waren, spiegelte sich in islamistischen Kanälen eine grundsätzliche Ablehnung der säkularen Gesellschaft sowie ein damit einhergehendes Feindbild. Sie folgten damit einer seit vielen Jahren etablierten Strategie, real existierende Diskriminierungserfahrungen insbesondere junger Menschen aufzugreifen, um ein „Wir gegen sie“-Narrativ zu etablieren und die eigene Ideologie zu stärken.

### Der Auftrag der universellen Prävention

Ausgangspunkt vieler universell-präventiver Ansätze ist die Überlegung, dass Prävention wesentlich in einem Empowerment junger Menschen in ihren alltäglichen und lebensweltlichen Belangen und Bedürfnissen gründet, und weniger auf eine Dekonstruktion bzw. Widerlegung islamistischer Narrative als „problematisch“ oder „extremistisch“ abzielt (vgl. Müller 2025). Islamistische Ideologien und Gemeinschaften

erscheinen in dieser Perspektive vor allem als niedrigschwellige Bewältigungsstrategien im Umgang mit herausfordernden Entwicklungsaufgaben und individuellen wie auch gesellschaftlichen Krisen. Präventionsansätze zielen daher auf die Förderung von Kompetenzen und die Stärkung von Selbstwirksamkeit, Zugehörigkeit, Teilhabe und sozialen Bindungen. Dies zeigt sich auch in medienpädagogischen Ansätzen, beispielsweise im Zusammenhang mit Desinformation („prebunking“ statt „debunking“). Hintergrund ist auch hier die Feststellung: „misinformation often reflects, rather than causes, underlying sociopolitical issues“ (Altay, 2026, S. 1), dass also medienpädagogische und präventiv wirkende Angebote an den lebensweltlichen Themen und Herausforderungen selbst ansetzen sollten, statt Prävention als Gegen-narrative zu islamistischen Inhalten zu gestalten.

Aus der Perspektive der Medienpädagogik und der politischen Bildung kann Couple Content daher als ein wichtiger digitaler Reflexionsraum betrachtet werden, in dem junge Menschen die Beziehungen anderer beobachten und einordnen lernen. Sie lassen sich unterhalten, gewinnen aber auch Orientierung und vergewissern sich ihrer eigenen Werte. Auch die Beschäftigung mit Israel und Palästina in den sozialen Medien ist zunächst ein Ausdruck genuiner Trauer, Empörung und Wut über Krieg und Besatzung und sollte daher in der Präventionsarbeit aufgegriffen werden. Darüber hinaus ist „Palästina“ jedoch auch zu einem Symbol geworden für Kämpfe um Identität, Anerkennung und die Auseinandersetzung mit Ungerechtigkeiten hier in Deutschland. „Palästina“ ist insofern auch eine Metapher und eine Chiffre, die Solidarität, Stolz und Selbstermächtigung zum Ausdruck bringt.

Die „Stadtbild“-Debatte steht schließlich für einen zunehmenden Protest gegenüber abwertenden und ausgrenzenden Aussagen in öffentlichen Diskursen. Die humoristische Bearbeitung des Themas offenbart ein zunehmendes Bewusstsein für diskriminierende Sprache und einen deutlichen Willen zur Selbstbehauptung.

Damit sind diese Themen grundsätzlich auch für islamistische Medien attraktiv, die in den vergangenen Jahren zunehmend an alltäglichen und lebensweltlichen Fragen und Bedürfnissen aus dem Alltag von jungen Menschen anknüpfen. Diese Bedürfnisse sind nachvollziehbar – problematisch sind die stark vereinfachenden und polarisierenden Antworten, die extremistische Akteur\*innen darauf bieten. In

der universellen Prävention muss es daher vor allem darum gehen, die Bedürfnisse hinter diesen Themen zu erfassen, sie mit Jugendlichen besprechbar zu machen und gemeinsam Antworten zu entwickeln, kurz: die Diskursfähigkeit junger Menschen zu stärken. Es ist heute dank sozialer Medien sehr viel einfacher, die Themen junger Menschen zu erfassen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Das ist eine Chance, die Prävention nicht ungenutzt verstreichen lassen sollte. ■

**Sakina Abushi** ist Co-Leiterin der Arbeit von ufuq.de im Projekt „KN:IX connect“ in Berlin. Sie studierte Islamwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft in Berlin, Kairo, Ramallah und Damaskus und war zunächst in der Internationalen Zusammenarbeit tätig. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, islamistische Ideologien und der Nahostkonflikt.

**Dr. Götz Nordbruch** ist Co-Geschäftsführer von ufuq.de und Co-Leiter des Projekts „KN:IX connect“. Der Islam- und Sozialwissenschaftler forschte und lehrte u. a. in Aix-en-Provence, Braunschweig und Odense. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Jugendkulturen zwischen Islam, Rassismus und Islamismus sowie Prävention von islamistischen Einstellungen in schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit.

## Literatur

**Altay, S. (2026).** Rethinking the problem of misinformation and its solutions. *New media & society*, S. 1–25. <https://doi.org/10.1177/14614448261428635> (05.06.2026).

**Beyer, T., Herschinger, E., Obster, D., Rehm, S., Schneider, Ph. & Ziolkowski, B. (2025).** Ideale und Realitäten. Zwei analytische Beiträge zu Familie, Erziehung und Geschlecht im Kontext Salafismus als Impuls für die Deradikalisierungspraxis. *Beiträge zu Migration und Integration*, Band 15. Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

**Creedlines [@creedlines]. (2026, 08. Februar).** Choose identity [Instagram-Beitrag]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/DUGXNR4DAZG/> (05.06.2026).

**Eko Fresh [@Eko Fresh]. (2025, 24. Oktober).** Friedrich. [Youtube-Beitrag]. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=SwlUNfAzKl0> (05.06.2026).

**jugendschutz.net (2024).** *Report. Islamistisches Influencing. Demokratie- und Menschenfeindlichkeit unter dem Deckmantel des Islam.* [https://www.jugendschutz.net/fileadmin/daten/publikationen/praxisinfos\\_reports/report\\_islamistisches\\_influencing.pdf](https://www.jugendschutz.net/fileadmin/daten/publikationen/praxisinfos_reports/report_islamistisches_influencing.pdf) (05.06.2026).

**Landesanstalt für Medien NRW (2025).** *Digitale Grauzonen: Radikalisierungspotentiale von islamistischen Videos und Kommentarspalten.* Studie durchgeführt durch Modus – Zentrum für angewandte Deradikalisierungsforschung gGmbH, Düsseldorf. [https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2026/01/2025\\_LFM-NRW\\_Studie\\_Radikalisierungspotentiale-von-islamistischen-Videos-und-Kommentarspalten.pdf](https://modus-zad.de/wp-content/uploads/2026/01/2025_LFM-NRW_Studie_Radikalisierungspotentiale-von-islamistischen-Videos-und-Kommentarspalten.pdf) (05.06.2026).

**Müller, J. (2025).** Werte(v)ermittlung und Reaktanz in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierungen, Trendreport #2, KN:IX connect | Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung.

**Niehoff, M. (2016).** *Nahostkonflikt kontrovers. Perspektiven für die politische Bildung.* Schwalbach: Wochenschau Verlag.

**Palestine Drinks [@palestine-drink\_deutschland]. (2025, 05. Dezember).** Unsere Cola. Unsere Story. [Instagram-Beitrag]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/DR4uSFJAv9B/> (05.06.2026).

**Pickhan, J. (2026).** „Stadtbild“ als politisches Schlagwort – Ein sprach- und medienkritischer Beitrag zur migrationspolitischen Äußerung von Friedrich Merz. *Diskursmonitor – DiskursReview: Aktuelle Beiträge zur Sprach-, Medien- und Diskurskritik.* <https://diskursmonitor.de/review/sprach-und-medienkritik> (05.06.2026).

**REDLION [@REDLION]. (2023, 03. Dezember).** SMOKE. [Youtube-Beitrag]. Youtube. [https://www.youtube.com/watch?v=2dYkIQ18uPQ&list=RD2dYkIQ18uPQ&start\\_radio=1](https://www.youtube.com/watch?v=2dYkIQ18uPQ&list=RD2dYkIQ18uPQ&start_radio=1) (05.06.2026).

**Siba [@sibasmusic]. (2024, 10. November).** Dounana. [Instagram-Beitrag]. Instagram. <https://www.instagram.com/p/DCMCbMGsOGL/> (05.06.2026).

**Vogel, H. (2023).** Grauzonen des Islamismus? Neue Akteur\*innen in sozialen Medien. *KN:IX Analyse #12.* [https://www.ufuq.de/wp-content/uploads/2024/02/231221\\_KNIXAnalyse\\_uvuq\\_de-1.pdf](https://www.ufuq.de/wp-content/uploads/2024/02/231221_KNIXAnalyse_uvuq_de-1.pdf) (05.06.2026).

# Antifeminismus, Manosphere und die Normalisierung von Demokratiefeindlichkeit

Greta Jasser

**A**ntifeminismus – und besonders die sogenannte Manosphere – sind auch in Deutschland in den vergangenen Jahren verstärkt in den popkulturellen Fokus gerückt. Das reicht von fiktionalen Serien wie „Adolescence“, in der ein Teenager eine seiner Mitschülerinnen umbringt und in der auf die Incel-Thematik (Incels steht für „involuntary celibates“ – unfreiwillig zölibatär lebende Personen) fokussiert wird, über den Kieler Tatort „Borowski und die Angst der weißen Männer“ von 2021, die Berichterstattung über die jeweils neuesten Aktionen des „Looksmaxxers“ „Clavicular“ und das „Looksmaxxing“-Phänomen im Allgemeinen bis hin zur Netflix-Dokumentation von Louis Theroux „Inside the Manosphere“, die im Frühjahr 2026 erschien. Aber die popkulturellen Produkte aus dem Umkreis der Manosphere sind teilweise schon Jahrzehnte alt. Der erste Film mit dem Titel „The Pick-Up Artist“ wurde beispielsweise 1987 veröffentlicht. Pick-up-Artists, eine Teilgruppe der Manosphere, sind selbsternannte „Verführungskünstler“, die Männern Techniken lehren, um Frauen zu „erobern“ – in der Regel durch das Mittel der Manipulation. Diese und andere misogyne Praktiken der Manosphere haben seit jeher Popkultur inspiriert und finden breiteren Anklang in der Gesellschaft. Von 2007 bis 2008 wurde beispielsweise die Sendung „The Pickup Artist“ auf MTV ausgestrahlt, in der ein „Dating-Coach“ jungen Männern dabei helfen soll, romantische und sexuelle Beziehungen zu beginnen. Die Manosphere und die Beschäftigung mit ihr ist im Mainstream angekommen.

## Schockwirkung und mediales Interesse

Die Akteure der Manosphere nutzen das mediale Interesse strategisch für die Verbreitung ihrer Ideen. In Louis Theroux's Doku weist ein Influencer auf eine junge Frau und nennt sie seinen „Geschirrspüler“, ein anderer sagt, seine Frau spreche nicht mit anderen Männern, ein dritter ist gegen das Frauenwahlrecht. Diese Darstellungen schockieren, egal ob als Fiktion oder im Interviewformat: Frauenhass und Antifeminismus werden teils betont nonchalant in Kameras kommuniziert.

Dieses Schockieren ist ein Teil der Anziehungskraft, sowohl bei den filmischen Verarbeitungen als auch in der Manosphere selbst. Transgressionen, Regelbrüche und die Inszenierung des „gegen den Strom Schwimmens“ gehören so gut wie zu jeder Subkultur. In der Manosphere artikuliert sich dieser gegenkulturelle Habitus in der Aufforderung, aus „der Matrix auszubrechen“ oder „die Rote Pille zu nehmen“. Die Manosphere inszeniert sich als nichtnormativ – nicht Mainstream. Dokumentationen lassen die Zuschauer\*innen an der Subkultur teilhaben oder sie voll Abscheu betrachten. Tatsächlich gibt es Gewalttaten von Anhängern der Manosphere, vor allem von Incels. Zugleich reichen die Aktivitäten der verschiedenen Manosphere-Gruppen über gewalttätige Angriffe hinaus. Gruppen und Akteure der Manosphere greifen Gegner\*innen auch online an (Wright et al., 2020), organisieren politische Kampagnen, verabreden sich

## **„Natürlich beteiligt sich nur ein Bruchteil der Gesellschaft an antifeministischen Forendiskussionen oder bucht Kurse bei ‚Manfluencern‘. Aber die Verbreitung antifeministischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft ist hoch“**

zu Pick-up-Treffen<sup>1</sup>, filmen Frauen in der Öffentlichkeit und verbreiten online sexistische Ideen. Während Pick-up-Artists beispielsweise betonen, dass das Nein von Frauen, die Avancen ablehnen, geflissentlich übergangen werden kann, entsteht 2026 ein Social-Media-Trend, bei dem sich unter dem Hashtag „#IfSheSaysNo“ (#WennSieNeinSagt) junge Männer dabei filmen, wie sie auf Sandsäcke und Figuren eintreten oder wie sie Schläge, Tritte und Stiche in die Luft durchführen (Watson, 2026). Es wäre leicht, diese Trends als digitale Auswüchse übermütiger junger Männer zu klassifizieren, denen nicht zu viel Aufmerksamkeit zukommen sollte. Misogyne Einstellungen sind jedoch gesellschaftlich verankert.

### **Kein Randphänomen**

Die Manosphere, aber besonders misogyne Einstellungen sind kein gesellschaftliches Randphänomen. Die Onlineforen, die für ihre hassvollen und oft mit Gewaltfantasien gespickten Beiträge bekannt geworden sind, werden sicherlich nicht von der breiten Masse frequentiert. Aber misogyne und hierarchische Denkweisen sind gesellschaftlich sehr anschlussfähig. Ein Beispiel für beides ist die Bewertung potenzieller Partner\*innen (sexuelle und romantische) auf einer Skala von 1 bis 10. Während diese Bewertung harmlos wirkt, ist sie auch ein Grundpfeiler der Ideologie der Manosphere: Menschen wird ein objektiv wirkender Marktwert zugeschrieben; hier auf dem „Dating-Markt“. Er wird vor allem vom Aussehen und dem

gesellschaftlichen Status abhängig gemacht. In der Manosphere ist dieses Verständnis so prävalent, dass es ein Akronym dafür gibt: SMV – Sexual Market Value. Aspekte wie der Charakter, Humor, geteilte Interessen oder die Kompatibilität von Personen miteinander treten in dieser Weltsicht in den Hintergrund.

In der Manosphere wird diese Sichtweise mit der Annahme verbunden, dass Frauen ausschließlich Männer mit „gleichem Wert“ oder „nach oben“ daten würden, und aus diesem Grund Männer mit „geringem Marktwert“ ohne Partnerin verbleiben (Babin et al., 2026). Persönliche Beziehungen werden hier als Transaktionen in einem Markt verstanden und entsprechen einer neoliberalen Logik, die uns allen aus den meisten Lebensbereichen wohl bekannt ist. Solche und ähnliche Sichtweisen auf Geschlechterbeziehungen sind auch außerhalb der Manosphere normalisiert und Teil des Alltagsempfindens. Diese Einordnung von Personen auf Skalen produziert außerdem notwendigerweise eine hierarchische Sicht – zumindest auf die Wahl potenzieller Partner\*innen. Das Ranking in einem imaginären Markt der Partner\*innenwahl ist nur ein Beispiel, das verdeutlicht, wie normalisiert Hierarchien in Geschlechterbeziehungen sind. Diese sind weder marginal noch außergewöhnlich.

Natürlich beteiligt sich nur ein Bruchteil der Gesellschaft an antifeministischen Forendiskussionen oder bucht Kurse bei „Manfluencern“. Aber die Verbreitung antifeministischer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft ist hoch. Die Leipziger Autoritarismus-Studie fand heraus, dass 2024 23 bzw. 25 Prozent der Befragten ein geschlossenes antifeministisches, beziehungsweise sexistisches Weltbild hatten (Decker et al., 2024, S. 167). Wenn die Forscher\*innen die Antworten nach der politischen Selbsteinschätzung

---

<sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um Treffen im öffentlichen Raum, bei denen in Serie und mit Pick-up-Artist-Techniken Frauen angesprochen werden (Dayter & Rüdiger, 2022).

gruppieren, finden sie, dass rechte Personen zu 35 Prozent ein geschlossenes antifeministisches Weltbild vorweisen; bei Personen aus dem äußeren rechten Spektrum sind es schon ganze 49 Prozent (siehe Tabelle 1).

Sexistische und antifeministische ebenso wie transfeindliche Einstellungen durchziehen die politischen Spektren in unterschiedlicher Stärke. Was sich hieraus jedoch ableiten lässt, ist, dass antifeministische Narrative – etwa zur Natürlichkeit einer hierarchischen Geschlechterordnung (Kemper, 2024, S. 6) – in Teilen der Gesellschaft positiv aufgenommen werden können. Diese Narrative treten zum Beispiel in Alltagsdebatte und in medialen Diskursen oder auf Social Media auf. Das ist beispielsweise der Fall, wenn in medialen Debatten um sexuelle Übergriffe die Beschuldigung – nicht der Übergriff selbst – „zum eigentlichen aggressiven Akt [erhoben wird], mit dem lediglich etwas ‚zudringliche‘ oder aber vollkommen unschuldige Männer ‚fertiggemacht‘ werden sollten“ (Möller, 1999, S. 115). Auch werden Kritiken von sexistischem Verhalten zu einem allgemeinen Angriff auf Männer umgedeutet, „verbunden mit der Behauptung, dass Männer innerhalb der ‚Sexismusdebatte‘ pauschal als Täter markiert würden“ (Aigner & Lenz, 2023, S. 726).

Einige dieser Narrative entstammen der Manosphere und ihren Vorgängerbewegungen (Aigner & Lenz, 2023, S. 726); etwa den antifeministischen Männerrechtsbewegungen. Diese misogynen Bewegung hat sich in den 1960er und 70er Jahren von

feministischen sozialen Bewegungen weg entwickelt, nachdem sie zunächst gemeinsam gegen die starren Geschlechterbilder des Patriarchats sowohl für Frauen als auch für Männer mobilisiert haben. Die antifeministischen Gruppierungen werten Frauenrechtsforderungen und auch Forderungen nach Gleichberechtigung der LGBTQIA+-Community als ein Nullsummenspiel: Ein Mehr an Rechten für Frauen und Minderheiten wird als Verlust von Rechten (oder Privilegien) von Männern gewertet (Jasser & Rothermel, 2024, S. 3–4). Der Feminismus und seine Errungenschaften werden entsprechend als Entwicklung hin zu einer Ungleichheit zuungunsten von Männern gedeutet: „MRAs posited that women have achieved social, cultural, and economic power, that men are now the true victims of gender oppression, and that feminism conceals this truth“ (Coning, 2021, S. 2).<sup>2</sup> Diese Annahme drückt sich etwa in Wendungen aus, dass der Feminismus „zu weit gegangen sei“, und nun Jungen und Männer strukturell benachteiligt würden. Der „männlich[e] Opferstatus“ (Aigner & Lenz, 2023, S. 725) wird in dieser Auslegung ein wichtiges, identitätsstiftendes Element des Antifeminismus. Er macht individuelle Erfahrungen zu einem geteilten Narrativ mit einem eindeutigen Gegner: Feminismus.

<sup>2</sup> „MRAs postulierten, dass Frauen soziale, kulturelle und ökonomische Macht erlangt haben und nun Männer die wahren Opfer der Geschlechterverhältnisse seien, sowie dass der Feminismus diese Wahrheit verbergen würde.“

**Tabelle 1: Ergebnisse der Leipziger Autoritarismus-Studie:**  
Geschlossene antifeministische, sexistische sowie transfeindliche Einstellungen nach politisch-ideologischer Selbstpositionierung (angegeben in %)

| Gruppen/Skala                   | Links außen | Links | Mitte | Rechts | Rechts außen |
|---------------------------------|-------------|-------|-------|--------|--------------|
| Geschlossener Antifeminismus    | 16          | 14    | 19    | 35     | 49           |
| Geschlossener Sexismus          | 17          | 13    | 24    | 36     | 48           |
| Geschlossene Transfeindlichkeit | 25          | 24    | 35    | 50     | 61           |

Ergebnisse entlang zusammengefasster Links-rechts-Selbsteinschätzung; Anteil innerhalb der jeweiligen politischen Orientierungsgruppe in Prozent (Grafik zitiert aus Decker et al., 2024, S. 170).

**„Persönliche Beziehungen werden hier als Transaktionen in einem Markt verstanden und entsprechen einer neoliberalen Logik, die uns allen aus den meisten Lebensbereichen wohl bekannt ist“**

**Misogynie und patriarchale Geschlechterverständnisse als Verbindung**

Die Philosophin Kate Manne, Autorin des Buches „Down Girl – Die Logik der Misogynie“, ordnet diese medialen und gesellschaftlichen Dynamiken als Misogynie ein. Misogynie definiert sie nicht als eine persönliche Eigenschaft – „XY ist misogyn“ –, sondern als ein politisches Phänomen. Sie argumentiert:

„misogyny upholds the social norms of patriarchies by policing and patrolling them; whereas sexism serves to justify these norms— largely via an ideology of supposedly ‚natural‘ differences between men and women with respect to their talents, interests, proclivities, and appetites. On this view, sexism is to misogyny as civic order is to law enforcement“ (Manne, 2017, S. 88).

Das bedeutet, dass Misogynie sich in Meinungen, Normen und Handlungen ausdrückt, die darauf abzielen, Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft wieder „auf ihren Platz“ zu verweisen (Manne, 2017, S. 73). Sollten Frauen sich von patriarchalen Rollenzuschreibungen zu weit entfernen, werden sie dafür gesellschaftlich sanktioniert. Misogynie hat laut Manne demnach eine disziplinierende Funktion. Sie sorgt dafür, dass Geschlechterhierarchien nur schwer infrage gestellt werden können.

Die Auslegung, ob gesellschaftliche Hierarchien natürlich sind oder gesellschaftlich geschaffen und aufrechterhalten werden, ebenso wie die Frage, ob diese Hierarchie geeignet ist, um eine Gesellschaft zu organisieren, wird je nach Ideologie unterschiedlich beantwortet. Die Annahme, gesellschaftliche Hierarchien seien nicht nur natürlich, sondern auch wünschenswert, ist ein Merkmal rechter Ideologien

(Bobbio, 1996). Ideologien im politikwissenschaftlichen Sinn sind Überzeugungen davon, wie eine Gesellschaft organisiert sein soll (Sainsbury, 1980, S. 8). Geschlecht und gesellschaftliche Geschlechterkonventionen strukturieren unsere Alltagserfahrungen – von pinker und blauer Kinderkleidung, über Verhaltensanleitungen für Frauen in Führungspositionen bis zur Aufteilung von Sorgearbeit in Familien. Auch Politiken leiten sich von diesen Verständnissen ab, etwa in Fragen zur Teilzeitbeschäftigung oder dem Rentenanspruch von Elternteilen, die Kinder zu Hause betreut haben. Annahmen über Geschlechterverhältnisse sind ein grundlegender Teil politischer Ideologien. Besonders deutlich tritt dies in der Opposition zum „Genderismus“ zutage.

Im Unterschied zum traditionellen Antifeminismus richtet sich der Antigenderismus weniger gegen die Frauenbewegung und deren Anliegen, sondern vorrangig gegen die Geschlechterforschung und speziell gegen das dekonstruktivistische Geschlechterverständnis, das mit dem Begriff „Gender“ verknüpft ist. Die Soziologinnen Andrea Maihofer und Franziska Schutzbach stellen fest, dass diese Verschiebung häufig mit der Darstellung der Geschlechterforschung als Ideologie – dem sogenannten Genderismus – einhergeht und oft mit Ablehnung gegenüber der LGBTQIA\*-Community, insbesondere mit Transfeindlichkeit, verbunden ist (Maihofer & Schutzbach, 2015, S. 202). Polarisierende Themen, etwa geschlechtergerechte Sprache, können als Auswirkungen von „Genderismus“ oder „Feminismus außer Kontrolle“ markiert werden. Der gesellschaftlich bereits vorhandene Antifeminismus kann von sozialen Bewegungen katalysiert (McCammon, 2013; Paternotte & Kuhar, 2018), und von Parteien mobilisiert werden – teils um vorher nicht mobilisierte Wähler\*innengruppen zu aktivieren oder „Antigenderismus“-Allianzen aufzubauen (Volk, 2025a, S. 5).

Für rechte Bewegungen und Parteien bietet Antifeminismus die Möglichkeit, Brücken sowohl zu bürgerlichen Parteien als auch zu religiösen Gemeinschaften zu schlagen, wie die Politikwissenschaftlerin Sabine Volk aufgezeigt hat. Die sogenannten Diskurskoalitionen, also politische Lager, die sich trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit an denselben Kampagnen beteiligen, zwischen der AfD und Parteien der Mitte sind zunehmend normalisiert. Das zeigt sich etwa in der gemeinsamen Opposition gegenüber Veranstaltungen aus der Drag-Szene (Volk, 2025b).

Rechtspopulistische Parteien in Europa haben in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend antifeministische Haltungen politisiert und so auf die gesamtpolitische Agenda gebracht (Luxton et al., 2025, S. 345). Diese Positionen finden Resonanz in Teilen der Gesellschaft und erhalten Unterstützung aus den antifeministischen Gruppierungen, die sich unter anderem in den sozialen Medien zu distinkten Subkulturen zusammengefunden haben. Antifeminismus, als Teil einer Haltung „gegen den (politischen) Mainstream“, ist zum Aspekt einer sozialen Identität geworden, in der Konflikt und Aufmerksamkeit zentral sind (Luxton et al., 2025, S. 345). Auf diese Art und Weise können Antifeminismus und Anti-LGBTQIA+-Einstellungen eine Verbindung zwischen rechten Akteuren, religiösen Gruppen, Parteien und Bewegungen darstellen. Dies gilt beispielsweise für religiöse Gemeinschaften mit patriarchalen Geschlechterbildern, wie etwa den Christian Nationalists in den USA, oder patriarchalen Islamauslegungen. In allen wird gesellschaftlicher Wandel – hier bedingt durch den Feminismus – als (moralischer) Verfall ausgelegt. Eine Hierarchisierung von Geschlechterverhältnissen, in denen Männer über Frauen und heterosexuelle Beziehungen über geschlechtliche und sexuelle Vielfalt gestellt werden, ist ein geteiltes Ideologiemerkmal, das für einige (junge) Männer eine ansprechende Qualität sein kann.

Angesichtes der Normalisierung von misogynen Verhaltensweisen und antifeministischen Inhalten nicht nur im digitalen Raum bleibt die Frage, warum Teile der Gesellschaft die Narrative der Nullsummenspiele übernehmen und Antifeminismus als eine intuitive Antwort auf gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte wahrgenommen wird. Die Attraktivität von Antifeminismus und dessen Normalisierung sollte einer kritischen Reflektion unterzogen werden. Auch gilt es, alternative Weltansichten und Deutungsangebote aktiv in den sozialen und politischen Raum zu bringen. ■

**Dr. Greta Jasser** arbeitet am Institut für Demokratieforschung zu rechten und misogynen (Online-) Bewegungen. Sie interessiert sich insbesondere für alternative Social-Media-Plattformen und deren Rolle bei Gruppen- und Ideologiebildung sowie für digitale Öffentlichkeiten. Jasser ist Gründungsmitglied des Institute for Research on Male Supremacy (IRMS).

### Literatur

**Aigner, I. & Lenz, I. (2023).** Antifeminismus und Antigenderismus in medialen und digitalen Öffentlichkeiten. In J. Dorer, B. Geiger, B. Hipfl & V. Ratković (Hrsg.), *Handbuch Medien und Geschlecht: Perspektiven und Befunde der feministischen Kommunikations- und Medienforschung*, S. 721–730. Springer VS. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-20707-6\\_45](https://doi.org/10.1007/978-3-658-20707-6_45) (06.06.2026).

**Babin, K. A., Ging, D., Haslop, C., Hussain, S., Maloney, M. & Thornburn, J. (2026).** Beyond the manosphere: a panel discussion exploring the wider phenomenon of male-centred online communities. *Journal of Gender Studies*, S. 1–26. <https://doi.org/10.1080/09589236.2026.2637532> (06.06.2026).

**Bobbio, N. (1996).** *Left and right: The significance of a political distinction*. University of Chicago Press. <http://www.loc.gov/catdir/description/uchi052/96026392.html> (06.06.2026).

**Coning, A. de. (2021).** Men's Rights Movement/Activism. In K. Ross, I. Bachmann, V. Cardo, S. Moorti & C. M. Scarcelli (Hrsg.), *The Wiley Blackwell-ICA international encyclopedias of communication. The international encyclopedia of gender, media, and communication*, S. 1–9. Wiley Blackwell. <https://doi.org/10.1002/9781119429128.iegmc023> (06.06.2026).

**Dayter, D. & Rüdiger, S. (2022).** *The Language of Pick-Up Artists*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003041313> (06.06.2026).

**Decker, O., Kiess, J., Heller, A. & Brähler, E. (2024).** Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Vereint im Ressentiment*, S. 29–99. Psychosozial-Verlag.

**Jasser, G. (2026).** The incel other: German media depiction of incels between misogynist terrorists and the „Tatort“. In I. Richards (Hrsg.), *The Far Right and the Media: International Trends and Perspectives*, S. 132–154. Routledge.

**Jasser, G. & Rothermel, A.-K. (2024).** Die Manosphere: Männlichkeit(en), Misogynie und Rechtsextremismus. In F. Virchow, A. Hoffstadt, C. Heß & A. Häusler (Hrsg.), *Handbuch Rechtsextremismus*, S. 1–14. Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2\\_54-1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_54-1) (06.06.2026).

**Kemper, A. (2024).** *Antifeministische Narrative: Ein Diskursatlas* (Was ist eigentlich Antifeminismus?). Heinrich-Böll-Stiftung. [https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2024/07/Zusammenleben-in-der-Migrationsgesellschaft\\_Antifeministische-Narrative.pdf](https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2024/07/Zusammenleben-in-der-Migrationsgesellschaft_Antifeministische-Narrative.pdf) (06.06.2026).

**Luxton, L., Jabra, D. & Braun, D. (2025).** Anti-feminism in the spotlight: Media coverage of German parties' gender and sexuality policies in the 2024 European Parliament election campaign. *European Journal of Communication*, 40 (4), S. 345–359. <https://doi.org/10.1177/02673231251349002> (06.06.2026).

**Maihofer, A. & Schutzbach Franziska. (2015).** Vom Antifeminismus zum „Anti-Genderismus“ – Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In S. Hark (Hrsg.), *Gender Studies. Sex und Gender: Sozial- und kulturwissenschaftliche Analysen symptomatischer Empörungen*, S. 201–217. transcript. <https://edoc.unibas.ch/40463/1/vom%20antifeminismus%20zum%20anti-genderismus.pdf> (06.06.2026).

**Manne, K. (2017).** *Down Girl: The Logic of Misogyny*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190604981.001.0001> (06.06.2026).

**McCammon, H. (2013).** Discursive Opportunity Structure. In D. A. Snow (Hrsg.), *Wiley-Blackwell encyclopedias in social science. The Wiley-Blackwell encyclopedia of social and political movements*. Wiley-Blackwell. <https://doi.org/10.1002/9780470674871.wbepsm073> (06.06.2026).

**Möller, S. (1999).** *Sexual correctness: Die Modernisierung antifeministischer Debatten in den Medien*. Geschlecht und Gesellschaft: Bd. 19. Leske + Budrich.

**Paternotte, D. & Kuhar, R. (2018).** Disentangling and Locating the „Global Right“: Anti-Gender Campaigns in Europe. *Politics and Governance*, 6 (3), S. 6–19. <https://doi.org/10.17645/pag.v6i3.1557> (06.06.2026).

**Sainsbury, D. (1980).** *Swedish social democratic ideology and electoral politics, 1944–1948: A study of the functions of party ideology*. Stockholm Studies in politics: Bd. 17. Almqvist and Wiksell Internat.

**Solea, A. I. & Sugiura, L. (2025).** Digital Subcultural Diffusion Theory: Rebranding the incel ideology through Looksmaxxing, Sub5s and the PSL scale. *Crime, Media, Culture: An International Journal*, Artikel 17416590251387245. Vorab-Onlinepublikation. <https://doi.org/10.1177/17416590251387245> (06.06.2026).

**Volk, S. (2025a).** The AfD and Anti-feminism in Germany, 2014–2025: Family First, Trans Panic Second. *German Politics*, S. 1–21. <https://doi.org/10.1080/09644008.2025.2587228> (06.06.2026).

**Volk, S. (2025b).** Rallying 'round the drag: anti-gender mobilization and the mainstreaming of the far right. *European Societies*, 27 (1), S. 59–82. [https://doi.org/10.1162/euso\\_a\\_00009](https://doi.org/10.1162/euso_a_00009) (06.06.2026).

**Watson. (2026).** *#ifshesaysno – Misogyner Trend zeigt, wie Männer für weibliche Ablehnung trainieren*. Watson. <https://www.watson.ch/videos/social-media/886234796-ifshesaysno-maenner-trainieren-fuer-ablehnung-durch-frauen> (19.04.2026).

**Wright, S., Trott, V. & Jones, C. (2020).** „The pussy ain't worth it, bro“: assessing the discourse and structure of MGTOW. *Information, Communication & Society*, 3 (1), S. 1–18. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2020.1751867> (06.06.2026).

# „Journalismus entsteht ja nicht in einem kontextfreien Raum“

## Ein Gespräch mit Carola Richter über Nahostberichterstattung und digitale Öffentlichkeiten

**BAG ReEx:** Der palästinensisch-israelische Konflikt oder Nahostkonflikt ist seit Jahrzehnten ein medial präsent Thema. Seit dem Hamas-Angriff am 7. Oktober 2023 wird er jedoch verstärkt auch online in Echtzeit begleitet, über soziale, aber auch klassische Medien. Wie verändert das aus Ihrer Sicht die öffentliche Wahrnehmung des Konflikts?

**Carola Richter:** Der Nahostkonflikt ist in der Tat ein Dauerthema im deutschen Journalismus. Er ist allerdings auch von recht hoher Komplexität geprägt – er lässt sich nicht einfach in Schwarz-Weiß- oder Täter-Opfer-Kategorien fassen. In den vergangenen 10 bis 15 Jahren vor Oktober 2023 war die Berichterstattung auch eher von festgefahrenen Routinen geprägt – wenn es irgendwo wie in den zahlreichen Gazakriegen 2012, 2014 oder 2021 „knallte“, dann wurde berichtet, sonst eher nicht –, weil sowohl von den Journalist\*innen als auch vom deutschen Publikum der Nahostkonflikt als „zähes“ Thema empfunden wurde. Ein leitender Journalist der ARD sagte mir wenige Tage vor dem 7. Oktober während einer Podiumsdiskussion: „Der Nahostkonflikt ist ein Abschaltthema.“ Sie würden bei der Quotenmessung deutlich erkennen, wie das Publikum bei solchen Beiträgen wegschaltete.

Das Ausmaß an Gewalt, Zerstörung und die vielen Zehntausenden Toten im Nachgang des Hamas-Massakers haben aber niemanden mehr abschalten lassen können. Gerade die Präsenz der Bilder und

Stimmen aus dem von Israel für die Außenwelt abgeriegelten Gazastreifen durch soziale Medien ermöglicht ein unmittelbares Miterleben des Kriegs. Und das ist auf der einen Seite erst einmal gut so, denn ohne Social Media oder die Bilder, die von Al-Jazeera-Reporter\*innen und den palästinensischen Fotoreporter\*innen der großen Nachrichtenagenturen noch produziert werden, hätten wir kaum Wissen über das, was Krieg für die Menschen vor Ort abseits von Todesstatistiken tatsächlich bedeutet.

Auf der anderen Seite eröffnet dies aber auch einen großen Raum dafür, sich in bestimmten Filterbubbles zu verlieren und vielleicht andere Seiten des Konflikts nicht mehr wahrzunehmen. Oder es besteht auch die Gefahr, extrem emotional mitgenommen zu werden von dem ohne klassische Gatekeeper veröffentlichten Material und so den Krieg im Kopf mit nach Hause zu nehmen. Das verändert natürlich die öffentliche Wahrnehmung eines Konflikts – er ist nah und unmittelbar, nicht wirklich fern.

Vor allem aber ist zu sehen, dass die Bilder auf Social Media den klassischen Journalismus unter Zugzwang setzen: Wie kann es sein, dass diese Bilder nicht oder nur wenig präsent sind im öffentlich-rechtlichen Fernsehen? Wieso werden die Zustände, die man in den TikToks und Reels sieht, nicht eingeordnet, hinterfragt und erklärt? Diese so erzeugte Erwartungshaltung ist eine Herausforderung, der sich der deutsche Journalismus stellen muss.

**„Gerade die Präsenz der Bilder  
und Stimmen aus dem von Israel  
für die Außenwelt abgeriegelten  
Gazastreifen durch soziale Medien  
ermöglicht ein unmittelbares  
Miterleben des Kriegs“**

**BAG ReEx:** Sie sprechen es schon an: In öffentlichen Debatten im deutschsprachigen Raum wird teilweise der Vorwurf erhoben, die Berichterstattung der konventionellen Medien zum Nahostkonflikt sei einseitig oder unausgewogen. Wie genau entsteht dieser Eindruck Ihrer Einschätzung nach, und ist das empirisch nachweisbar?

**Carola Richter:** Eine repräsentative Befragungsstudie meines Kollegen Carsten Reinemann von der LMU München<sup>1</sup> zeigt sehr klar, dass die Berichterstattung vom deutschen Publikum als eher einseitig zugunsten Israels empfunden wird – unabhängig davon, welchem Akteur man solidarisch gegenüber ist oder ob man sich als neutral gegenüber den Konfliktakteuren empfindet. Die Studie macht auch deutlich, dass im Vergleich zur Berichterstattung zum Ukrainekrieg weniger Menschen Vertrauen in die journalistische Berichterstattung zum Nahostkonflikt haben. Dies zeigt, dass es ein verbreitetes Unbehagen mit dem deutschen Nahostjournalismus gibt und es nicht nur einige wenige Aktivist\*innen oder Forscher\*innen sind, die auf Mängel hinweisen.

Woher kommt nun diese Wahrnehmung? Journalismus entsteht ja nicht in einem kontextfreien Raum. Viele Menschen sehen Bilder auf Social Media, sie unterhalten sich mit anderen über deren Einschätzungen und Sichtweisen, und vor allem können sie Aussagen und Zahlen miteinander in Bezug setzen. Aus

eigenem anekdotischem Erleben weiß ich, dass viele Menschen erschüttert über die extremen Todes- und Verletztenzahlen auf palästinensischer Seite waren und diese ebenso wie die Zerstörungen von Gebäuden und Infrastruktur in keinem nachvollziehbaren Verhältnis zu den israelischen Opferzahlen sehen. Zugleich gibt es ja auch Qualitätsjournalismus jenseits der deutschen Grenzen – in Großbritannien oder den USA –, der auch in Deutschland rezipiert wird und seit 2023 häufig differenzierter berichtet hat. Die von vielen empfundene Unverhältnismäßigkeit der israelischen Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober und ein deutscher Journalismus, der das nicht so konsequent wie in anderen Ländern thematisiert, sondern im Gegenteil auch stellenweise noch zu rechtfertigen sucht – das ist aus meiner Sicht einer der Hauptgründe für eine Bias-Wahrnehmung.

Gleichwohl muss man auch sagen, es gibt bis dato noch keine groß angelegten und methodisch gut gemachten empirischen Inhaltsanalysen deutscher Medien, die eine Parteilichkeit in der Breite belegen würden. Es gibt etliche studentische Arbeiten, die jeweils kleine Ausschnitte der Berichterstattung behandeln, partikuläre Beobachtungen einzelner Medien und einige erste medienvergleichende Ansätze wie die Auswertung von Schlagzeilen oder eine Untersuchung darüber, wie unterschiedlich Leid und Tod von Palästinenser\*innen gegenüber dem von Israelis gewichtet werden.<sup>2</sup> Und schließlich gibt es Berichte

---

<sup>1</sup> Civis Medienstiftung. (2026). *Wenig Vertrauen – und die Konsequenzen? Zum Umgang der Medien mit dem Nahostkonflikt*. Studie. <https://www.civismedia.eu/mediendialog/dritter-dialog/studie-dialog/#studie> (05.06.2026).

---

<sup>2</sup> Grimm, J. J., Könniker, J. M., & Salehi, M. (2025). Hierarchies in Death: Coverage of Palestinian and Israeli Victims in the Context of October 7 and the War on Gaza. *Peacebuilding*, 1–16. <https://doi.org/10.1080/21647259.2025.2569080> (05.06.2026).

von Journalist\*innen selbst, die beispielsweise in der „Nahaufnahme“ von Reporter ohne Grenzen<sup>3</sup> darüber berichten, wie in Redaktionen durchaus ein gewisser Konformitätsdruck ausgeübt wird.

Was man aus diesen bisherigen Studien mitnehmen kann und vertiefend untersuchen sollte, sind aus meiner Sicht folgende Punkte:

1. Gibt es eine ausgeprägte journalistische Ko-Orientierung an der Haltung der deutschen Politik und damit eine Übernahme des durch die Staatsräson geprägten Diskurses? Hier kann man untersuchen, welche Politiker\*innen mit welchen Argumenten zu Wort kommen und ob und wie diese Argumente hinterfragt werden oder eben auch nicht.
2. Wie werden palästinensische und israelische Opfer und Täter\*innen präsentiert, und welche Unterschiede lassen sich feststellen? Hier ließe sich analysieren, welche Zahlen genannt werden mit welchen Einordnungen und die Art und Weise, wie uns die Personen präsentiert werden, beispielsweise mittels Individualisierung, Emotionalisierung oder Herstellung kultureller Nähe im Unterschied zu Vermassung, Distanzierung oder Verwendung von Stereotypen.
3. Auf welche Quellen wird in der Berichterstattung zurückgegriffen, und wie werden diese jeweils eingeordnet? Hierbei kann man etwa unterscheiden zwischen israelischen und palästinensischen Quellen und ob diese qualifiziert oder relativiert werden – also wird eine Quelle als „israelische Regierung“ oder als „rechtsnationale israelische Regierung“ eingeführt bzw. als „Partei Hamas“ oder als „Terrororganisation Hamas“.
4. Wie werden bestimmte Termini und Begrifflichkeiten verwendet – oder eben auch nicht? Hier geht es besonders um einen expliziten Bezug auf völkerrechtlich definierte Aspekte (ist etwas „besetzt“, „-widrig“ etc.), die Übernahme bestimm-

ter Charakterisierungen („Genozid“, „Apartheid“, „radikal-islamistisch“ etc.) oder die (unkritische) Übernahme der Aussagen von Konfliktparteien („Verteidigung“, „Märtyrer“ etc.).

Mit solch einer Forschungsagenda könnten tatsächlich fundiertere Aussagen über die bisher anekdotisch belegte Einseitigkeit getroffen werden. Solch eine Studie ist allerdings sehr zeit- und ressourcenaufwändig, weshalb sie bis jetzt noch nicht vorliegt. Ich gehe übrigens davon aus, dass wir bei einer solch breit angelegten Untersuchung durchaus Unterschiede zwischen den einzelnen Medien feststellen werden – die deutschen Medien sind ja in ihrer (politischen) Orientierung nicht homogen. Aber auch Unterschiede im Zeitverlauf: Einige Muster haben sich von einer Zeit der sehr starken Affirmation israelischer Positionen in den ersten drei Monaten nach dem 7. Oktober sicherlich über die vergangenen mehr als zwei Jahre verändert.

**BAG ReEx:** Die Berichterstattung über den Nahostkonflikt ist mit besonderen Herausforderungen verbunden, etwa durch eingeschränkten Zugang zu verlässlichen Informationen, politische Sensibilitäten und hohe emotionale Aufladung. Mit welchen konkreten Schwierigkeiten sind Journalist\*innen in diesem Kontext konfrontiert? Und inwiefern beeinflussen öffentliche Erwartungshaltungen, Kritik oder auch Shitstorms die journalistische Praxis?

**Carola Richter:** Wir müssen bei der Nahostberichterstattung zwei Ebenen unterscheiden:

1. die Berichterstattung vor Ort in Israel und Palästina und
2. die Berichterstattung über die Manifestation des Konflikts in Deutschland.

Die Berichterstattung vor Ort wird vor allem durch sogenannte Bewegungsregime eingehegt, also klare Vorgaben darüber, wer sich wohin begeben kann und wer nicht. Deutsche Journalist\*innen können sich typischerweise weitgehend frei in Israel bewegen und viele Dinge in Augenschein nehmen und Personen interviewen. Sie konnten und können auch relativ leicht ins Westjordanland fahren – allerdings gibt es zunehmend Berichte über physische Attacken völkerrechtlich illegal dort residierender jüdischer Siedler\*innen auf westliche Reporter\*innen. Nach Gaza darf seit Oktober 2023 bisher kein\*e deutsche\*r Journalist\*in – das israelische Militär verbietet das.

---

<sup>3</sup> Reporter ohne Grenzen. (2025). Nahaufnahme 2025: Der RSF-Report zur Lage der Pressefreiheit in Deutschland. <https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/4975/01K6YYC0R12MRPJEDK1BY7Q66X.pdf> (05.06.2026).

## „Natürlich ermöglicht dies auch Gegenöffentlichkeiten, in denen für eine bestimmte Interpretation des Konflikts geworben und mobilisiert werden kann“

Sie nehmen ab und an Journalist\*innen „embedded“ mit, also in ihren Militärkonvois. Die Bilder, die wir aus Gaza bekommen, stammen fast alle von palästinensischen Mitarbeiter\*innen großer Nachrichtenagenturen oder vereinzelt von lokalen Mitarbeiter\*innen deutscher Medien. Diese Journalist\*innen leisten Arbeit unter extremen Bedingungen, über 200 von ihnen sind seit Oktober 2023 getötet worden – mehr als in jedem Krieg zuvor. In deutschen Medien diagnostiziere ich ein leider viel zu geringes Vertrauen in die Arbeit dieser lokalen Journalist\*innen. Sie werden selten als Mitautor\*innen erwähnt. Häufig wird ihnen im Gegenteil regelrecht misstraut, und beständig herrscht in den deutschen Redaktionen Angst vor einem Antisemitismusvorwurf oder dass ein Verdacht der Hamas-Nähe aufgeworfen wird, weil ein Detail in deren Lebenslauf oder ein unbedachter Like unter einem Social-Media-Post so etwas suggerieren könnte. Hier enthebt sich der deutsche Journalismus aus Angst vor Shitstorms einer wichtigen Quelle.

Und das ist ähnlich im Hinblick auf die innenpolitische Ebene, wenn über den Nahostkonflikt und seine Manifestation in Deutschland berichtet wird. Dabei ist wirklich auffällig, wie propalästinensische Positionierungen und Demonstrationen, aber auch kritische Stimmen gegenüber der israelischen Regierung und Kriegsführung mit einem „autoritären Anti-Antisemitismus“ überzogen werden, wie es mein Kollege Peter Ullrich benannt hat. Das bedeutet, dass fast reflexhaft Antisemitismusvorwürfe gegenüber vielen Formen von durchaus legitimer Kritik an israelischer Politik und dies vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und einer daraus abgeleiteten politisch einzunehmenden Haltung begründet werden. Und hier sind Medien nicht nur Überträger solcher Botschaften, sondern sie wirken teils aktiv mit: Insbesondere der Springer-Verlag produziert regelrechte Kampagnen gegen in ihren Augen von der korrekten politischen Linie abweichende Aktivist\*innen, Politiker\*innen, Forscher\*innen (*BILD* kennzeichnete beispielsweise einige auf der Titelseite als „Universi-

TÄTER“) und auch andere Journalist\*innen. Dies entfaltet eine große Breitenwirkung und kann zu Selbstzensur bei entsprechenden Personen führen – gerade bei Journalist\*innen, die vielleicht einfach nur „ihren Job machen“ und nicht zwischen politische Fronten geraten wollen.

Auf propalästinensischer Seite hat die Wahrnehmung, dass man medial schnell an den Pranger gestellt wird, häufig dazu geführt, dass sich diese Personen Interviewanfragen verweigern oder auf Veranstaltungen und Demonstrationen ein generell medienfeindliches Klima herrscht. Das führt wiederum dazu, dass diese Stimmen immer weniger in den Medien vertreten sind und damit wieder eine Einseitigkeit in der Berichterstattung entstehen kann. Und es kann auch zu einer gewissen Reaktanz bei Journalist\*innen führen mit der Interpretation, diese Personen seien Feinde der Pressefreiheit.

**BAG RelEx:** Plattformen wie Instagram, TikTok oder X sind zentrale Arenen geworden, in denen der Nahostkonflikt verhandelt wird. Welche spezifischen Dynamiken entstehen dort im Vergleich zu klassischen Medien – gerade vor dem Hintergrund, dass soziale Medien einerseits Polarisierung befördern, andererseits aber auch neue Gegenöffentlichkeiten ermöglichen?

**Carola Richter:** Jede Social-Media-Plattform hat andere Affordanzen, also bietet Handlungsmöglichkeiten, die sich aufgrund ihrer technischen, algorithmischen und der Design-Gestaltung bestimmen. X ist beispielsweise eher eine kontroverse Diskussionsplattform, während Instagram und TikTok von hoher Visualität leben. Und natürlich kommt es auch darauf an, welche Gruppen diese Plattformen spezifisch nutzen. Dadurch entstehen auf den jeweiligen Plattformen unterschiedliche Dynamiken. Außerdem spielen die jeweiligen Regeln und Richtlinien der Plattformen eine Rolle. Propalästinensische Nutzer\*innen beklagen zum Beispiel eine restriktive Politik bei Content,

**„Ein Zitat, das auf Social Media gepostet wird, kann von klassischen Medien aufgegriffen, aus dem Zusammenhang gerissen und skandalisiert werden – und diese Debatte findet dann wieder Eingang in soziale Medien“**

den sie auf Metas Plattformen produzieren – also Instagram und Facebook. Sie sprechen von Shadow Banning – also dem willkürlichen Einschränken der Reichweite eines Posts durch die Plattform – oder dem Sperren ganzer Accounts, weil vermeintlich gegen Richtlinien der Plattformen verstoßen wurde. Plattformen wie TikTok oder Telegram ermöglichen durch andere Richtlinien wiederum die Veröffentlichung von deutlich mehr gewaltbezogenen Inhalten, als dies auf Plattformen wie YouTube oder Instagram der Fall ist, was bei manchen den Eindruck erzeugt, dort sei der Krieg „authentischer“ abgebildet.

Allgemein scheinen mir zwei Aspekte wesentlich für die Rolle sozialer Medien in der aktuellen Kriegssituation. Erstens: Sie bieten trotz der genannten Richtlinien und Logiken tatsächlich einen alternativen Raum für Äußerungen, die aufgrund der schon diskutierten Wahrnehmung von klassischen Medien als parteiisch dort nicht möglich zu sein scheinen. Dadurch entstehen zum einen Erfahrungsräume, die dem oder der Einzelnen ermöglichen, sich nicht allein zu fühlen und aufgefangen zu werden mit den eigenen Emotionen und Ansichten. Natürlich ermöglicht dies auch Gegenöffentlichkeiten, in denen für eine bestimmte Interpretation des Konflikts geworben und mobilisiert werden kann.

Und hier kommt der zweite Aspekt ins Spiel, und den halte ich für problematisch: Eine Konsequenz aus der Koexistenz und Vernetztheit von sozialen und klassischen Medien ist nämlich, dass bestimmte Ereignisse oder Meinungen kampagnenhaft verbreitet werden können und dabei ein sehr breites Publikum erreichen. Hier können wir regelrechte Empörungskaskaden beobachten. Ein Zitat, das auf Social Media gepostet wird, kann von klassischen Medien aufgegriffen, aus dem Zusammenhang gerissen und skandali-

siert werden – und diese Debatte findet dann wieder Eingang in soziale Medien. Oder umgekehrt werden einzelne Bilder oder Videoausschnitte aus dem Fernsehen mittels sozialer Medien weiterverbreitet, kommentiert und instrumentalisiert. Hier lassen sich dann Mechanismen wie Diffamierung, Dämonisierung oder auch Delegitimierung beobachten und eine wirkliche Debatte wird eher verhindert als geführt. Gerade im Zusammenhang mit Antisemitismusvorwürfen sind solche Mechanismen in Deutschland sehr gut zu beobachten, bei denen Personen oder Gruppen, die durchaus legitime Kritik an der israelischen Kriegspolitik üben, skandalisiert werden.

**BAG ReEx:** Die meisten klassischen Leitmedien sind mittlerweile selbst Teil digitaler Öffentlichkeiten geworden und verbreiten ihre Inhalte verstärkt über soziale Medien. Wie gut gelingt es ihnen, dort zur Einordnung und Versachlichung von polarisierten Diskursen beizutragen?

**Carola Richter:** Auch Teile klassischer Medien lassen sich bestimmten Deutungsmustern oder politischen Perspektiven zuordnen, beispielsweise an den linken oder rechten Rändern des publizistischen Spektrums. Diese tragen ihre Agenden mit den Mitteln der digitalen Sphäre wie Emotionalisierung, Personalisierung und starker Bildlastigkeit dann genauso in die digitalen Öffentlichkeiten. Da kann man also nicht einfach zwischen vermeintlich „objektiven“ klassischen Medien und „polarisierenden“ sozialen Medien unterscheiden.

Was sich mit dem zur Verfügung stehenden „Platz“ im digitalen Raum für klassische Medien besser machen lässt, ist, ausführlichere Berichte und Reportagen zu machen. Erklärstücke zu den Hintergründen des Nahostkonflikts können hier platziert werden, die über einen rein nachrichtlichen Ereignisjournalismus hi-

nausgehen. Auch Links, Querverweise und Reposts zu Stimmen aus der Region sind in sozialen Medien viel leichter machbar, sodass man aus einem recherchierten journalistischen Stück heraus die Möglichkeit der Weiterrecherche anbietet und wirklich Quellenvielfalt zeigen kann. Und in sozialen Medien kann man auch sehr gut die eigenen journalistischen Recherchen dokumentieren und zeigen, wo es vielleicht Probleme bei der Verifikation von Inhalten gab oder wo man an bestimmte Informationen nicht herangekommen ist. Genau solche Formate können dabei helfen, das Vertrauen in den klassischen Journalismus wieder zu stärken.

**BAG ReEx:** Gibt es ein Beispiel aus der jüngeren Berichterstattung, das Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist, weil es zeigt, wie gelungene Berichterstattung im Kontext des Nahostkonflikts aussehen kann?

**Carola Richter:** Es gibt immer wieder sehr gute Beiträge in deutschen Medien, die sich durch sorgfältige Recherche, hohe Sachkenntnis und reflektierte Einordnung auszeichnen. Ich bin beeindruckt von Beiträgen, die Empathie für die Betroffenen dieses Krieges entstehen lassen, ohne effektheischend zu sein, die mit akribischem Datenjournalismus oder durch beharrliches Nachfragen die Monstrosität des Krieges und Verantwortlichkeiten aufgedeckt haben und die Komplexität nicht reduzieren, sondern sie uns zumuten.

Beispielsweise hat *Der Spiegel* mit seinem Beitrag über die Bombardierung eines Wohnhauses in Gaza-Stadt ein Paradebeispiel für investigative Datenrecherche unter Einbezug lokaler Journalist\*innen ge-

liefert.<sup>4</sup> Auch die kritische Einordnung Sophie von der Tanns bei einer Recherche als „embedded journalist“ mit dem israelischen Militär im Südlibanon zeigt, wie man dieses sehr problematische Format distanziert nutzen kann.<sup>5</sup> Ein anderer Beitrag für den *Weltspiegel* zeigt, wie der Kriegsalltag und die Betroffenheit von Menschen personalisiert werden können, ohne effekthascherisch zu sein und trotzdem das Ausmaß der Zerstörungen zu dokumentieren.<sup>6</sup> Aber auch Journalist\*innen wie Christian Meier von der *FAZ* verdienen hohen Respekt, wenn sie trotz Widrigkeiten und Restriktionen und sogar physischen Angriffen weiter berichten.<sup>7</sup> ■

- 
- 4 Alkurd, G. et al. (2024). Warum hat Israel dieses Wohnhaus in Gaza bombardiert? Spiegel Online, 02.07.2024. <https://www.spiegel.de/ausland/gaza-krieg-moegliches-kriegsverbrechen-warum-bombardierte-israel-dieses-wohnhaus-a-3bf74d2a-1d5b-43a4-a427-c2e-96d72ea84> (05.06.2026).
  - 5 Tagesschau. (2024). Embedded mit Israels Armee in Tunneln der Hisbollah im Libanon. Video. <https://www.tagesschau.de/video/video-1394802.html> (05.06.2026).
  - 6 Weltspiegel (2025): 24-Stunden-Schicht im Kriegsgebiet: Ein Arzt in Gaza kämpft um Leben. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=XOA9MPbsEnE> (05.06.2026).
  - 7 Meier, C. (2025). Festnahmen im Westjordanland: Die radikalen Siedler und der Schafsdiebstahl. Frankfurter Allgemeine, 29.03.2025. <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wie-f-a-s-reporter-christian-meier-im-westjordanland-festgenommen-wurde-110385115.html> (05.06.2026).

**Carola Richter** ist Professorin für Internationale Kommunikation an der Freien Universität Berlin. Sie lehrt und forscht zu Mediensystemen und Kommunikationskulturen, insbesondere im arabischen Raum sowie zu Auslands- und Kriegsberichterstattung, Public Diplomacy, Medien und Migration, Medien und Islam wie auch Media Literacy.

# Praxisimpulse zur Förderung demokratischer Diskursfähigkeit

---

47 Zwischen Positionen und Perspektiven:  
Kontroverse als demokratische Praxis

---

54 Zwischen Rückzug, Resilienz und Strafrecht:  
Umgang mit Hate Speech und digitaler Gewalt



# Zwischen Positionen und Perspektiven: Kontroverse als demokratische Praxis

Jana Aslan-Moor

**D**ie digitale Welt ist längst selbstverständlicher Teil der Lebensrealität junger Menschen. Digitale und analoge Räume sind dabei eng miteinander verwoben: Was online geschieht, prägt, wie gesellschaftliche Debatten wahrgenommen, eingeordnet und im Alltag weitergeführt werden.

Gerade in einer von multiplen Krisen geprägten Zeit wie unserer Gegenwart gewinnt dieser Zusammenhang an Bedeutung: Die junge Generation hat großes Interesse am Weltgeschehen und gesellschaftlichen Themen, erschließt sie jedoch häufig über kurzformatige Inhalte auf Plattformen wie TikTok oder YouTube (Feierabend et al., 2025). Um sich zu informieren, nutzen Jugendliche diese Kanäle besonders intensiv, hinterfragen sie zugleich kritisch hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit. Klassische Medien genießen zwar mehr Vertrauen, dennoch werden sie seltener genutzt.

In der Folge treffen unterschiedliche Informationsquellen und Deutungsangebote unmittelbar aufeinander. Internationale Kanäle verstärken diese Dynamiken und begünstigen widersprüchliche Einschätzungen. Dieses Spannungsverhältnis betrifft jedoch nicht nur Jugendliche: Auch pädagogische Fachkräfte müssen sich inmitten konkurrierender Perspektiven und normativer Erwartungen orientieren. Zentrale Herausforderung ist dabei der Umgang mit widersprüchlichen Deutungen sowie die Frage, wie Orientierung gelingen kann, ohne Komplexität zu reduzieren oder Polarisierung zu verstärken.

Für die pädagogische Arbeit in der Extremismusprävention und politischen Bildung ergibt sich daraus eine besondere Dringlichkeit: Der „vopolitische Raum“, jener Ort, an dem Vorstellungen von Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und Vertrauen in Institutionen geformt werden, verlagert sich zunehmend ins Digitale (Özvatan, 2025).

Gleichzeitig nutzen demokratiefeindliche und extremistische Akteur\*innen soziale Medien strategisch zur Mobilisierung ebenso wie zur Beeinflussung öffentlicher Diskurse. Über emotionalisierende Inhalte und niedrigschwellige Ansprache erreichen sie immer jüngere Zielgruppen. Durch die Verbreitung von Hate Speech und Desinformation tragen sie gezielt dazu bei, menschenfeindliche Positionen gesellschaftlich anschlussfähig zu machen. Dadurch verschieben sich Grenzen des Sagbaren, abwertende Einstellungen werden normalisiert und die Hemmschwelle für Gewalt sinkt. Die Zunahme rechtsextremer Straftaten sowie antisemitischer und antimuslimisch-rassistischer Vorfälle verweist auf reale Konsequenzen dieser Entwicklungen (Bundeskriminalamt, 2025; CLAIM, 2025).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie können Jugendliche darin unterstützt werden, sich in digitalen und analogen Räumen zu orientieren, Inhalte einzuordnen und sich an gesellschaftlichen Diskussionen zu beteiligen, ohne sich von Polarisierung, vereinfachenden Deutungen oder gar einer Ideologie vereinnahmen zu lassen?

## *„Die junge Generation hat großes Interesse am Weltgeschehen und gesellschaftlichen Themen, erschließt sie jedoch häufig über kurzformatige Inhalte auf Plattformen wie TikTok oder YouTube“*

Genau hier setzt dieser Beitrag an und beleuchtet, wie Diskursfähigkeit, also die Kompetenz, an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen on- und offline teilzunehmen, gestärkt werden kann. Reflektiert werden zentrale Ansätze aus Medienpädagogik, politischer Bildung und universeller Prävention im Umgang mit Hass im Netz und populistischen Zuspitzungen. Dabei wird Kontroversität nicht als Problem, sondern als zentrale demokratische Praxis verstanden: Denn Diskursfähigkeit entsteht nicht trotz, sondern durch Kontroversität – vorausgesetzt, sie wird pädagogisch gerahmt und reflexiv begleitet.

### **Diskursfähigkeit im Spannungsfeld struktureller Bedingungen und pädagogischer Verantwortung: Diversitätssensibilität und geschützte Räume**

Diskursfähigkeit ist eng mit strukturellen Bedingungen von Zugang und Teilhabe verknüpft. Insofern ist sie auch nicht einfach als individuelle Kompetenz zu verstehen. In einer Einwanderungsgesellschaft wiegt dies besonders schwer, da Ausdrucksweisen und Perspektiven, die im gesellschaftlichen Diskurs unterrepräsentiert sind, häufig als weniger legitim gelten. In der Folge wird es jungen Menschen erschwert, ihre Sichtweisen wirksam einzubringen und in dominante Diskursformen zu „übersetzen“ (El-Mafaalani, 2020).

In der pädagogischen Arbeit wird diese strukturelle Hürde unmittelbar greifbar: Mangelt es an Resonanzräumen für kontroverses Debattieren, sei es im privaten Umfeld oder im öffentlichen Raum, fehlt es Jugendlichen an notwendigen Übungsfeldern für demokratische Aushandlungen. Werden ihre Themen und Sorgen dabei nicht ernst genommen oder erleben sie Diskussionen als wenig anschlussfähig an ihre Lebenswelt, kann dies Gefühle von Unsicherheit, Frustration oder Ohnmacht auslösen. In der Praxis

äußert sich dies oft ambivalent: entweder durch einen vollständigen Rückzug aus dem Diskurs oder durch eine demonstrative Flucht in zugespitzte, provokante Positionen.

Daraus ergibt sich für pädagogische Kontexte die Notwendigkeit einer konsequent diversitätssensiblen und diskriminierungskritischen Ausrichtung als durchgängige Querschnittsperspektive. Gefragt sind Ansätze, die die Lebensrealitäten junger Menschen berücksichtigen und zugleich Machtverhältnisse sowie strukturelle Diskriminierung reflektieren.

Social-Justice-Ansätze und geschützte Räume wie Safer Spaces können Jugendliche darin unterstützen, eigene Gedanken zu formulieren und Unterschiede als Ausgangspunkt demokratischer Aushandlung zu nutzen. Gleichzeitig gilt es, verbindende Elemente sichtbar zu machen und Zugehörigkeit aktiv herzustellen.

Safer Spaces zielen darauf ab, Bedingungen zu schaffen, unter denen unterschiedliche Perspektiven artikuliert werden können, ohne Ausgrenzung befürchten zu müssen. Beteiligung wird so als Ergebnis sozialer Prozesse sichtbar, in denen Sicherheit, Anerkennung und gemeinsame Aushandlung zusammenwirken (Czollek et al., 2019).

Die praktische Umsetzung solcher diversitätssensiblen Ansätze verdeutlichen beispielsweise Empowerment-Projekte für BIPOC<sup>1</sup> sowie Formate der außer-

---

<sup>1</sup> BIPOC steht für Black, Indigenous and People of Color. Der Begriff ist eine Selbstbezeichnung und vereint solidarisch Gruppen, die von strukturellem Rassismus betroffen sind.

schulischen Jugendbildung. Werden etwa Gedenkstättenfahrten mit postmigrantischen Perspektiven verknüpft, eröffnen sich neue Identifikationsmöglichkeiten, die historisch-politische Bildung anschlussfähiger machen.

Wenn junge Erwachsene erleben, dass ihre Perspektiven berücksichtigt werden und ihre Beiträge zählen, kann dies Selbstwirksamkeit fördern. Genau solche Selbstwirksamkeitserfahrungen gelten als zentrale Voraussetzung dafür, dass Jugendliche bereit sind, sich aktiv und differenziert in Aushandlungsprozesse einzubringen (Bandura, 1997). Diese punktuellen Erfahrungen müssen jedoch in eine dauerhafte pädagogische Struktur eingebettet sein. Gleichzeitig zeigt sich, dass pädagogische Räume nicht im luftleeren Raum existieren, sondern in direkter Konkurrenz zu polarisierenden und manipulativen Deutungsangeboten stehen. Während diversitätssensible Ansätze auf Komplexität setzen, zielen antidemokratische Akteur\*innen auf Vereinfachung und emotionale Vereinnahmung.

Eine zentrale Rolle spielen dabei sogenannte Brückenideologien, also verbindende Bezugspunkte über menschenfeindliche Ressentiments unterschiedlicher extremistischer Gruppen, die in der Regel kaum ideologische Schnittstellen haben. Queerfeindlichkeit beispielsweise führt als Brückenideologie rechtsextreme und islamistische Strömungen ideologisch zusammen und knüpft zugleich an gesellschaftlich verbreiteten Vorurteilen an.

Erzählerische Deutungsangebote – sogenannte anschlussfähige Narrative – greifen die Alltagserfahrungen und Werte von Menschen auf, um breite Resonanz zu erzeugen. Dadurch erreichen neben Verschwörungserzählungen und Antisemitismus auch verstärkt antifeministische Vorstellungen junge Menschen.

Um im Umgang mit solchen Narrativen Orientierung zu bieten, sind Einordnungen und das Aufzeigen alternativer Deutungen erforderlich. So kann die Erfahrung eines jungen Mannes, keine Beziehung zu finden und dies als schmerzhaft zu erleben, beispielsweise im Sinne misogyn geprägter Incel<sup>2</sup>-Narrative gedeutet werden. Diese überführen die schmerzhaft

Erfahrung in abwertende und gewaltlegitimierende Deutungen. Diskriminierungskritische Bildungsarbeit greift solche Erfahrungen auf, ohne problematische Deutungen zu bestätigen, und eröffnet alternative grenzachtende Handlungsoptionen. Voraussetzung dafür ist eine pädagogische Haltung, die das Gegenüber als handlungsfähig und kompetent anerkennt. So sind Reflexion und Perspektivwechsel möglich (Debus, 2025).

Zudem eröffnet dieser Zugang die Möglichkeit, alternative Formen von Geschlechterkonstruktionen sowie Gleichzeitigkeiten sichtbar zu machen und gemeinsam zu reflektieren. Gerade die daraus resultierenden geschlechterbezogenen Erwartungen stellen für viele junge Menschen ein zentrales Spannungsfeld dar. Dabei kann sichtbar werden, dass Vorstellungen von Männlichkeit mit Einfühlsamkeit, Kooperationsfähigkeit oder emotionaler Offenheit vereinbar sind. Indem verengte Rollenbilder aufgebrochen werden, gewinnen Jugendliche die nötige Flexibilität zurück, um sich jenseits starrer Abgrenzungsmuster wieder aktiv an gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen zu beteiligen.

Wie sich problematische Deutungsmuster aktuell konkret im pädagogischen Alltag zeigen, wird besonders im Umgang mit provokativen oder grenzüberschreitenden Aussagen sichtbar: Etwa bei der Reaktion auf die Verwendung demokratiefeindlicher Symbolik im Schulalltag herrscht große Verunsicherung. Provokationen wie diese stehen oft im Zusammenhang mit sozialen Erfahrungen wie Marginalisierung, Armut oder auch Abgrenzung, gepaart mit patriarchalen oder autoritären Einstellungsmustern (Müller, 2020, S. 384).

Pädagogisch wirksam ist in diesen Situationen nicht primär die unmittelbare Korrektur oder moralische Empörung, sondern ein Zugang über Interesse und Gespräch. Fragen wie „Was bedeutet dieses Symbol für dich?“ oder „Was möchtest du mit den abwertenden Aussagen auslösen?“ eröffnen die Möglichkeit, hinter die Provokation zu schauen und die zugrunde liegenden Bedürfnisse wahrzunehmen. Bei Grenzüberschreitungen bleibt jedoch eine klare Haltung zentral: Diskriminierende oder menschenfeindliche Aussagen und Handlungen werden nicht relativiert, sondern im Gespräch klar als solche benannt und begrenzt. Dazu gehört es auch, transparent zu machen, dass Symboliken Straftatbestände sein können und gegebenenfalls eine Sicherheitsbehörde einbezogen werden muss.

<sup>2</sup> Incel steht für „involuntary celibate“, englisch für unfreiwillig ohne Sex/Beziehung.

Doch wieso sind ideologische Narrative bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen so anschlussfähig? Weil sie reale gesellschaftliche Missstände und individuelle Belange aufgreifen, die in der Lebenswelt junger Menschen unmittelbar präsent sind. Die eigentliche Problematik liegt jedoch in der gezielten Verzerrung dieser Themen: Komplexe Zusammenhänge werden massiv vereinfacht und in Schwarz-Weiß-Erzählungen übersetzt, die vermeintlich eindeutige Ursachen benennen und Schuldige markieren.

Für die pädagogische Praxis bedeutet dies, dass es nicht allein um die binäre Unterscheidung von „richtig“ und „falsch“ gehen kann. Vielmehr geht es um die Förderung von Ambiguitätstoleranz, also die Fähigkeit, mit Widersprüchen und Gleichzeitigkeit umzugehen, und die Unterstützung Jugendlicher darin, Ungewissheiten auszuhalten.

Doch der Umgang mit dieser Komplexität ist nicht allein eine kognitive Leistung, sondern eng mit der affektiven Ebene verknüpft. Gerade dort, wo politische Ereignisse als bedrohlich oder ungerecht empfunden werden, entsteht ein hohes Bedürfnis nach emotionaler Entlastung. Wenn diese Gefühle aufgegriffen und besprochen werden, kann sowohl emotionale Entlastung als auch differenzierte Auseinandersetzung stattfinden.

Ein Beispiel für das Anknüpfen an anschlussfähige emotionale Narrative zeigt sich aktuell auch in den Inhalten der Hizb ut-Tahrir im Kontext des Israel-Gaza-Krieges, welche das reale menschliche Leid in Gaza in den Fokus stellen. Darauf aufbauend werden diese Perspektiven jedoch gezielt zugespitzt und in ein ideologisches Narrativ überführt, indem komplexe politische Zusammenhänge vereinfacht und klare Gegenüberstellungen von „wir“ und „die“ hergestellt werden (Möller, 2025).

Für die pädagogische Praxis ergibt sich daraus eine zentrale Herausforderung: Jugendliche teilen nicht zwingend die ideologischen Schlussfolgerungen, fühlen sich jedoch in der zugrundeliegenden Kritik bestätigt. Sie reagieren auf Ungerechtigkeit und menschliches Leid, sind jedoch unsicher darin, wie unterschiedliche Perspektiven eingeordnet und benannt werden können. Es ist daher essenziell, dieses Spannungsfeld zu kennen und Räume zu schaffen, in denen Ungerechtigkeitsempfinden, aber auch Betroffenheit anerkannt und differenziert besprechbar werden. Ziel ist eine multiperspektivische Einordnung, die Leid sichtbar macht, ohne verschiedene Diskriminierungsformen gegeneinander auszuspielen. Durch diese reflektierte Begleitung können Jugendliche die Kompetenz entwickeln, Ambiguitäten auszuhalten und sich innerhalb polarisierter Diskurse zu positionieren.

Denn klar ist auch: Langfristig untergraben anschlussfähige ideologische Narrative das Vertrauen in Politik und Medien und erschweren damit die Voraussetzungen für einen offenen, differenzierten Diskurs – insbesondere dann, wenn wahrgenommene Ungleichheiten für die Betroffenen bestehen bleiben (Möller, 2025).

### **Faktenbasierte Orientierung und kritische Medienkompetenz sind essenziell für demokratische Aushandlungsprozesse**

Auch wenn die Stärkung der Diskursfähigkeit nicht allein über Wissensvermittlung oder das Einüben von Debatten gelingt, bleibt eine gemeinsame Realität, die auf überprüfbaren Informationen beruht, entscheidend. Ohne eine solche gemeinsame Grundlage wird Verständigung erschwert. Demokratische Aushandlungsprozesse sind auf überprüfbare Informationen

*„Junge Menschen gelten häufig als ‚Digital Natives‘. In Bezug auf die Nutzung digitaler Medien trifft dies zu, nicht jedoch automatisch hinsichtlich der Bewertung und Einordnung von Informationen. Studien zeigen, dass insbesondere bei der Einschätzung von Glaubwürdigkeit deutliche Unsicherheiten bestehen“*

## **„Wenn junge Erwachsene erleben, dass ihre Perspektiven berücksichtigt werden und ihre Beiträge zählen, kann dies Selbstwirksamkeit fördern“**

und Vertrauen angewiesen (Ressa, 2021). Die Fähigkeit, zwischen Fakten, Meinungen und Desinformation zu unterscheiden, ist also zentral. Wie diese Fähigkeit gestärkt werden kann, soll im Folgenden über kritische medienpädagogische Ansätze geklärt werden.

Junge Menschen gelten häufig als „Digital Natives“. In Bezug auf die Nutzung digitaler Medien trifft dies zu, nicht jedoch automatisch hinsichtlich der Bewertung und Einordnung von Informationen. Studien zeigen, dass insbesondere bei der Einschätzung von Glaubwürdigkeit deutliche Unsicherheiten bestehen (Feierabend et al., 2025).

Medienpädagogische Praxis setzt daher darauf, Informations- und Urteilskompetenz konkret einzuüben. Jugendliche lernen, Inhalte aus sozialen Medien, etwa Kurzvideos, Memes oder zugespitzte Beiträge, hinsichtlich ihrer Verlässlichkeit und Interessen zu hinterfragen. Ziel ist es, zwischen seriösen Informationen und manipulativen Darstellungen zu unterscheiden sowie Hate Speech zu erkennen.

Bereits einfache Strategien wie Faktencheck-Angebote oder die Bilderrückwärtssuche über Google helfen, die Inhalte zu überprüfen. Das Widerlegen von Desinformation (Debunking) allein reicht nicht aus, um den Herausforderungen digitaler Informationsumgebungen zu begegnen. Aber wer solche Prüfstrategien kennt, hat Orientierung und weiß: Inhalte sind überprüfbar.

Zentral ist außerdem, Manipulationsmechanismen transparent zu machen und gemeinsam zu reflektieren (Prebunking). Dies unterstützt junge Menschen dabei, typische Muster zu erkennen und ein Bewusstsein für die eigene Wahrnehmung durch beispielsweise Verzerrungen zu entwickeln. In der pädagogischen Praxis ist zudem die gemeinsame Erarbeitung vertrauenswürdiger, auch mehrsprachiger Informationsquellen zentral. Die Erfahrung zeigt, dass bereits

wenige verlässliche Angebote, die an die Lebenswelt der Jugendlichen anschließen, die individuelle Handlungssicherheit erhöhen.

Digitale Plattformen filtern Inhalte algorithmisch und verstärken dadurch häufig bestehende Perspektiven (Filterblasen), während abweichende Sichtweisen seltener sichtbar werden. In abgeschotteten Kommunikationsräumen können sich radikalisierte Dynamiken zusätzlich beschleunigen. Daher ist es wichtig, diese Mechanismen transparent zu machen und Jugendliche gezielt mit unterschiedlichen Perspektiven in Kontakt zu bringen. „Je diverser die Social-Media-Plattformen, desto resilienter [die Nutzer\*innen]“, so Özvatan (2025, S. 133).

Junge Menschen brauchen zudem einen Einblick in die journalistische Arbeitsweise: In der Praxis zeigt sich, dass sich Fragen von Vertrauen und Glaubwürdigkeit häufig an konkreten Erfahrungen mit Berichterstattung entzünden, die als einseitig oder nicht repräsentativ wahrgenommen wird. Studien weisen darauf hin, dass sich junge Menschen mehr Transparenz über journalistische Praxis wünschen, um Berichterstattung besser einordnen zu können (Hasebrink et al., 2021).

Ergänzend braucht es reale Begegnungsräume, in denen kontroverse gesellschaftliche Themen verhandelt werden können. In solchen Aushandlungsprozessen wird Demokratie praktisch erfahrbar – im Zuhören, Widersprechen und gemeinsamen Ringen um Positionen. Pädagogische Fachkräfte stehen dabei vor der Aufgabe, demokratische Prozesse im Alltag konkret erfahrbar und verständlich zu machen.

In der Jugendarbeit können solche Aushandlungsprozesse durch Formate wie Utopiearbeit unterstützt werden, in denen Jugendliche gemeinsam positive Zukunftsvisionen entwickeln. Diese sind zentral, da sie nicht nur Orientierung und Hoffnung ermöglichen,

sondern auch unterschiedliche Perspektiven auf ein mögliches gesellschaftliches Zusammenleben sichtbar und verhandelbar machen. Gerade die Fähigkeit, sich eine gestaltbare und positive Zukunft vorzustellen, eröffnet Räume für konstruktiven gesellschaftlichen Dialog (Gaub, 2025).

### **Von reaktiver Prävention zur diskursiven Öffnung**

Die Analyse zeigt, dass Präventions- und Bildungsarbeit im Kontext digitaler Öffentlichkeiten vor einer doppelten Herausforderung steht: Sie muss auf dynamische, vereinfachende und teils polarisierte Diskurse reagieren und zugleich Räume für differenzierte Aushandlung eröffnen. Ein rein reaktiver Zugang, der vor allem auf die Verhinderung von Extremismus abzielt, greift dabei zu kurz. Denn demokratische Diskurse wirksam zu stärken bedeutet nicht nur, problematische Entwicklungen zu adressieren, sondern vor allem, Räume für Teilhabe, Reflexion und gemeinsame Zukunftsperspektiven zu eröffnen – und zwar dauerhaft.

Zusätzlich braucht es Ansätze, die konsequent an den Lebensrealitäten, Bedürfnissen und Ressourcen junger Menschen ansetzen. Im Zentrum steht die Schaffung von Erfahrungsräumen, in denen jugendliche Perspektiven entwickeln, Vielfalt wahrnehmen, Widersprüche aushalten und sich als handlungsfähig erleben können. Diskursfähigkeit entsteht dort, wo Aushandlung möglich ist – getragen von Beziehung, Anerkennung und klarer Haltung gegenüber diskriminierenden und menschenfeindlichen Positionen. Gerade weil extremistische Ansprachen an Emotionen anknüpfen und an erlebte oder wahrgenommene Ungerechtigkeiten anschließen, ist es entscheidend, diese emotionalen Ebenen in Bildungsprozessen bewusst mitzudenken und bearbeitbar zu machen.

Gleichzeitig erfordert diese Aufgabe angepasste gesetzliche Regulierungen, verlässliche strukturelle Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen, langfristige Förderung sowie eine enge Verzahnung von politischer Bildung, Medienpädagogik und Präventionsarbeit. ■

**Jana Aslan-Moor** ist seit 2021 bei Mosaik Deutschland e.V. im Bereich der politischen Bildung und Prävention tätig und verantwortet das Projekt „Lasst die Bubble platzen!“. In ihrer Praxis verbindet sie kritische Medienkompetenz mit dialogischen Formaten sowie machtkritischen, mehrsprachigen Ansätzen, um gesellschaftliche Teilhabe als Ressource zu fördern. Als Sozialarbeiterin widmet sie sich seit 2017 der Extremismusprävention und Derradikalisierungsarbeit.

## Literatur

**Bandura, A. (1997).** *Self-efficacy: The exercise of control*. New York: Freeman and Company.

**Bundeskriminalamt. (2025).** Neuer Höchststand politisch motivierter Kriminalität: Statistik für das Jahr 2024 veröffentlicht [Pressemitteilung]. [https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite\\_Pressemitteilungen/2025/Presse2025/250520\\_PM\\_PMK\\_Zahlen.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2025/Presse2025/250520_PM_PMK_Zahlen.html) (05.06.2026).

**CLAIM gGmbH. (2025).** *Zivilgesellschaftliches Lagebild antimuslimischer Rassismus: Antimuslimische Vorfälle in Deutschland 2024*. Berlin: claim-allianz.de.

**Czollek, L. C., Perko, G. et al. (2019)** *Praxishandbuch Social Justice und Diversity: Theorien, Training, Methoden, Übungen*. Weinheim: Beltz Juventa.

**Debus, K. (2025).** *Warum verhalten sich Menschen diskriminierend? Subjektive Funktionalität von Diskriminierung und Stärkung von Handlungsfähigkeit als Ansätze für Prävention und Intervention. Extended Version mit mehr Beispielen, Theorie, Grafiken und Hypothesen*. Berlin: Dissens – Institut für Bildung und Forschung.

**El-Mafaalani, A. (2020).** *Mythos Bildung: Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

**Feierabend, S., Rathgeb, T., Gerigk, Y., & Glöckler, S. (2025).** *JIM-Studie 2025 – Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Stuttgart: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs).

**Gaub, F. (2025).** *Zukunft als Gefühl und Gestaltungskraft*. Eurac Research. [https://www.eurac.edu/de/news/center-for-advanced-studies/culture-art-thought/florence-gaub\\_vigilius-sensus-2025](https://www.eurac.edu/de/news/center-for-advanced-studies/culture-art-thought/florence-gaub_vigilius-sensus-2025) (17.04.2026).

**Hasebrink, U., Hölig, S., & Wunderlich, L. (2021).** *#USETHENEWS – Studie zur Nachrichtenkompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener in der digitalen Medienwelt*. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut.

**Höfl, S. E., Jamal, L., & Schellenberg F. (Hrsg.). (2020).** *Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

**Medienanstalten, D. (2023).** *Intermediäre und Meinungsbildung. Gewichtungsstudie zur Relevanz der Medien für die Meinungsbildung in Deutschland. Studie 2023-II*. GIM Gesellschaft für innovative Marktforschung.

**Möller, P. (2025).** *#4 Im Schatten von Gaza. Der Israel-Gaza-Krieg und seine Instrumentalisierung durch die islamistische Hizb ut-Tahrir in Deutschland*. Berlin: modus|zad.

**Özvatan, Ö. (2025).** *Von Demokraten unterschätzt, von Populisten umworben: migrantische Deutsche als politische Kraft*. Berlin: Ch. Links Verlag.

**Ressa, M. (2021).** Nobel Peace Prize Lecture. *NobelPrize.org*. <https://www.nobelprize.org/prizes/peace/2021/ressa/lecture/> (06.04.2026).

# Zwischen Rückzug, Resilienz und Strafrecht: Umgang mit Hate Speech und digitaler Gewalt

Oliver Honer

## Einleitung

Digitale Räume versprechen Teilhabe: Lange wurden sie als Orte vorgestellt, an denen jede\*r Zugang zum gesammelten Wissen der Menschheit erlangen und sich unmittelbar in gesellschaftliche Debatten einbringen kann. Gerade marginalisierte Gruppen, die in klassischen Massenmedien selten zu Wort kamen, können hier ein Publikum finden. Die Gesellschaft kann von ihren Erfahrungen und Lebensrealitäten, aber auch ihren politischen Forderungen hören. Doch häufen sich längst die Berichte über rassistische Anfeindungen und antisemitische Tiraden online ebenso wie über massive digitale sexualisierte Gewalt gegen Frauen, wie zuletzt im Fall Collien Fernandes. Marginalisierte Gruppen erhalten nicht mehr Sichtbarkeit, sondern werden aus digitalen Räumen gewaltvoll verdrängt. Droht das Versprechen, mehr Teilhabe zu bieten, also zu zerbrechen? Welche Ausmaße haben Hate Speech und digitale Gewalt? Wen treffen sie besonders, und welche Folgen haben sie für den demokratischen Diskurs? Und nicht zuletzt: Was bedeutet das für die Präventionsarbeit?

## Ein paar begriffliche Klärungen

Im digitalen Raum bezeichnen Hate Speech oder Hassrede „sprachliche Handlungen oder Handlungen in Bildform (z. B. Memes) gegen Einzelpersonen und/oder Gruppen mit dem Ziel der Verletzung, Abwertung, der Einschüchterung oder Bedrohung aufgrund

ihrer Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe in der Gesellschaft oder etwa auch immer häufiger aufgrund ihres politischen Engagements für demokratische Werte“ (toneshift, 2026). Hate Speech zielt also auf Gruppen, deren gesellschaftliche Teilhabe infrage gestellt wird, oder gegen die Demokratie selbst. Sie ist eng mit Feindbild- und Abwertungsmustern wie Rassismus, Antisemitismus, Misogynie oder Queerfeindlichkeit verbunden. Richten sich solche Angriffe nicht gegen marginalisierte Gruppen, sprechen wir allgemeiner von Hass im Netz. Empirisch ist eine Abgrenzung jedoch nicht immer so einfach.

Online-Hate-Speech überschneidet sich mit dem Begriff „digitale Gewalt“. Diese bezeichnet den „Einsatz digitaler, virtueller oder online-kommunikativer Mittel, um einer anderen Person gegen ihren Willen a) Schaden zuzufügen, b) sie dem eigenen Willen zu unterwerfen oder c) der solchermaßen ausgeübten Gewalt durch Gegen-Gewalt zu begegnen“ (ebd.). Konkret zählen dazu u. a. Belästigung, Bedrohung, Verhetzung, das Veröffentlichen persönlicher Daten oder Identitätsdiebstahl. Viele dieser Phänomene sind auch offline bekannt, doch digitale Mittel verändern ihre Dynamik: Hemmschwellen sinken durch Distanz und (vermeintliche) Anonymität, während Täter\*innen, Reichweite, Dauer und Publikum nahezu unbegrenzt sind. Betroffene können unabhängig von Ort und Zeit wiederholt mit Angriffen konfrontiert sein.

Beide Definitionen betonen die Perspektive der Betroffenen. Diese geht in öffentlichen Debatten oft

## **„Gerade die sozialen Medien können durch digitale Gewalt und Hate Speech dazu genutzt werden, marginalisierte Gruppen aus dem (digitalen) Diskurs zu verdrängen und ihnen nachhaltig zu schaden“**

verloren, ist aber entscheidend, um die individuellen und gesellschaftlichen Folgen digitaler Gewalt zu verstehen. Daher lohnt ein genauerer Blick darauf, wer in welchem Ausmaß betroffen ist.

### **Wer ist betroffen?**

Unter dem Titel „Lauter Hass – leiser Rückzug“ veröffentlichte das Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz (heute toneshift) im Jahr 2024 Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Demnach sehen sich nur 15 Prozent der Internetnutzer\*innen als betroffen. Fragt man jedoch nach konkreten Erfahrungen wie Beleidigungen, Drohungen oder sexueller Belästigung, berichtet fast jede vierte Person (24 Prozent) von häufigen eigenen Erlebnissen. Nahezu die Hälfte wurde bereits online beleidigt. Die Diskrepanz macht deutlich: Hass im Netz wird oft erlebt, aber nicht immer als solcher verstanden (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024).

Ein differenzierter Blick zeigt zudem die Ausmaße von Hate Speech. Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30 Prozent), homo- und bisexuelle Personen (28 bzw. 36 Prozent) sowie junge Frauen (30 Prozent) berichten deutlich häufiger von Angriffen als andere Nutzer\*innen. In der Wahrnehmung von fast einem Drittel aller Nutzer\*innen richten sich aggressive oder abwertende Äußerungen zudem häufig gegen Jüdinnen und Juden. Die überdurchschnittliche Betroffenheit marginalisierter Gruppen deutet daraufhin, dass diese Menschen wegen ihrer jeweiligen Zugehörigkeit angegriffen werden. Zudem geben viele der Betroffenen an, dass ihr Migrationshintergrund, ihre sexuelle Orientierung bzw. Geschlechtsidentität oder Religion Bezugspunkt der Angriffe waren (jeweils jede\*r Sechste) (ebd.).

Zugleich richtet sich ein großer Teil der Angriffe gegen Politiker\*innen (ebd.). Erfolgen diese Angriffe

aus antidemokratischen Motiven, haben wir es auch hier mit Hate Speech zu tun. Die Studie „Angegriffen & alleingelassen“ (HateAid et al., 2025) zeigt, dass unter 1.114 befragten politisch Engagierten sechs von zehn bereits digitale Gewalt erlebt haben. Frauen sind häufiger betroffen (63 vs. 53 Prozent) und erfahren oft sexualisierte digitale Gewalt und Misogynie, während Männer öfter von Drohungen mit körperlicher Gewalt berichten.

### **Die Folgen für Betroffene und den demokratischen Diskurs**

#### **Emotionale Belastung**

Zwei Drittel aller Nutzer\*innen gaben in einer Befragung der Landesanstalt für Medien NRW (2024) an, dass es sie wütend macht, Hasskommentare zu sehen, über ein Drittel (37 Prozent) empfand Hasskommentare zudem als verängstigend. Hass im Netz wirkt dadurch, dass er starke Emotionen auslöst, die zu Belastungen werden können – nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen, aber vor allem bei ihnen. Die Belastung, die aus Onlineerfahrungen hervorgehen kann, ist genauso real und wirksam wie jene, die aus Offlineerfahrungen herrührt. Unsere „Psyche unterscheidet nicht zwischen digitaler und analoger Welt“ (Paulson 2023).

Bei Betroffenen schlägt sich Hass im Netz häufig in psychischen Beschwerden, Problemen im eigenen Selbstbild (jeweils ein Drittel), körperlichen Beschwerden oder Problemen im beruflichen bzw. schulischen Umfeld nieder (jeweils etwa ein Sechstel) (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024). In der Regel treten entsprechende Folgen dabei in Kombination auf, „können sich unter Umständen untereinander bedingen und verstärken“ (ebd., S. 53). Viele, die sich online Angriffen ausgesetzt sehen, erleben also ganz reale gesundheitliche Probleme und Einschränkungen in ihrer Lebensführung.

## „Unsere Psyche unterscheidet nicht zwischen digitaler und analoger Welt“

Ein Aspekt hiervon ist ein allgemeines Unsicherheitsgefühl im (physischen) Alltag, das durch Online-Hate-Speech signifikant erhöht wird. Nach den Ergebnissen einer Studie von Dreißigacker et al. (2024) ist der statistische Zusammenhang von Unsicherheitsgefühl und der Betroffenheit von Online-Hate-Speech sogar robuster als bei Offlineerfahrungen mit Hate Speech. Als Grund hierfür vermuten die Forscher\*innen die oben erwähnten Eigenheiten von Onlinekommunikationsmitteln, insbesondere die dauerhafte und allgemeine Sichtbarkeit von Online-Hate-Speech, die Betroffene daran erinnert, dass jederzeit Menschen zu Angriffen auf sie angestiftet werden können. Besonders unter politisch engagierten Frauen (56 Prozent) und Männern (47 Prozent), die von digitaler Gewalt betroffen waren, sind Sorgen um die eigene Sicherheit und die von Angehörigen weit verbreitet (HateAid et al., 2025). Gänzlich unbegründet sind diese Sorgen nicht: Politisch Engagierte, die digitale Gewalt erfahren hatten, erlebten deutlich häufiger auch physische Angriffe. Betroffene Frauen berichteten auch in deutlich größerem Umfang von Erlebnissen sexueller Belästigung im Analogen (ebd.).

### Vom (Online-)Rückzug zur Diskursverschiebung

Die meisten Betroffenen reagieren, indem sie Hetzer\*innen blockieren (82 Prozent) oder ihre Profile auf privat stellen, sodass ihre Beiträge nicht mehr für alle sichtbar sind (66 Prozent) (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024). Viele ziehen sich jedoch weiter zurück: Fast die Hälfte (44 Prozent) postet nichts mehr auf den betroffenen Plattformen, ein Drittel reduziert seine Onlineaktivität insgesamt. Besonders problematisch ist dies für politische Diskurse: 60 Prozent bekennen sich online seltener zu ihrer politischen Meinung, und 70 Prozent beteiligen sich weniger an Diskussionen – ein Silencing-Effekt. Dieser betrifft Frauen, Menschen mit sichtbarem Migrationshintergrund, homo- bzw. bisexuelle sowie jüngere Personen stärker als den Durchschnitt (ebd.). Unter politisch

Engagierten denkt jede fünfte Frau über einen politischen Rückzug nach, unter den Männern ist es „nur“ jeder zehnte (HateAid et al., 2025). Mitunter werden seitens der extremen Rechten als Feindbild markierte Nutzer\*innen koordiniert mit Onlinehass überzogen, um sie von Plattformen und damit aus dem Diskurs zu verdrängen (Schwarz, 2020). Damit fehlen gerade die Stimmen ohnehin marginalisierter Gruppen im digitalen Diskurs – mit wahrscheinlichen Folgen für die demokratische Meinungsbildung.

Denn gleichzeitig sind andere umso sichtbarer: Fast die Hälfte (46 Prozent) der Nutzer\*innen nehmen mehr Hass- als sachliche Kommentare wahr, 89 Prozent sehen eine Zunahme von Onlinehass (Landesanstalt für Medien NRW, 2024; Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024). Dabei gilt zu beachten, dass aggressive, möglicherweise Angst und Wut erzeugende Kommentare unsere Aufmerksamkeit besonders fesseln und besser erinnert werden. Plattformalgorithmen pushen solche emotionalisierenden Inhalte zusätzlich. Studien zeigen, dass viele Hasskommentare von wenigen sehr aktiven Accounts stammen (Kreißel et al., 2018). So kann eine kleine, oft extremistische Gruppe den Eindruck einer Mehrheitsmeinung erzeugen, Diskurse prägen und hierüber auch Einfluss auf politische Entscheidungsträger\*innen nehmen (Schwarz, 2020).

### Gegenstrategien

#### Resilienz, Beratung und Fortbildung

Warum verstummen viele, aber manche nicht? Als ein Schlüssel hierfür wird immer wieder Resilienz genannt. „Resilienz bedeutet die Fähigkeit, mit Belastungen, Stress und Rückschlägen umzugehen, auf schwierige Situationen zu reagieren und sich an Veränderungen anzupassen“ (Paulson, 2023). Insofern Hate Speech und digitale Gewalt besonders über unsere Gefühle wirken, spielt emotionale Kompetenz hier eine wichtige Rolle. Konkret bedeutet das, die eigenen Gefühle, die Hass im Netz auslöst, wahrzunehmen, zu benennen und bewusst zu verarbeiten, um ihnen nicht ausgeliefert zu sein. Achtsamkeitsübungen können dabei helfen. Gefühle wie Wut oder Ärger aktivieren unseren Körper für Kampf oder Flucht. Diese Energie lässt sich meist besser durch Bewegung regulieren als durch Meditation oder gar in eskalierenden Onlinediskussionen (Nguyen & Hielscher, 2025). Resilienz zu entwickeln, heißt jedoch nicht, dass man Onlinehass einfach ertragen

sollte, sondern nur, sich von diesem nicht niederringen zu lassen (Paulson, 2023). Wo und wie können Betroffene darüber hinaus Unterstützung bekommen?

Betroffene erleben sich gegenüber Hass im Netz oft wehr- und hilflos (31 Prozent) (Landesanstalt für Medien NRW, 2024) oder gar als „nicht handlungsfähig“ (21 Prozent) (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024, S. 54). Der Bedarf an Unterstützung ist deutlich. Und Solidarität zu erfahren ist sicherlich einer der wichtigsten Faktoren: zu sehen, dass andere Hasskommentaren widersprechen, dass eigene Erlebnisse ernstgenommen werden, aber auch Handlungsmöglichkeiten kennenzulernen und Handlungsmacht zurückzugewinnen. Die meisten suchen sich diese Unterstützung im persönlichen Umfeld. Ohne Zweifel ist das ein wichtiger Schritt, doch kann gerade bei schwerwiegenden Fällen eine professionelle Beratung sinnvoll sein, wie sie Organisationen wie HateAid oder lokale Initiativen wie Elly in Thüringen bieten.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist es, (sozial)pädagogische Fachkräfte für Hass im Netz zu sensibilisieren und in Handlungsmöglichkeiten zu schulen. Denn gerade jüngere Betroffene wenden sich häufig zuerst an sie. Über REspect! im Netz bietet die Jugendstiftung Baden-Württemberg deshalb für diese Zielgruppe spezielle Fortbildungen an. Ein Aspekt dieser Fortbildungen ist jeweils, ab wann Hass im Netz strafbar werden kann – denn neben der Unterstützung von Betroffenen gehört auch die Einschätzung strafrechtlicher Relevanz zum professionellen Handeln. Immerhin 77 Prozent halten die strafrechtliche Verfolgung von Hate Speech für eine wirksame Strategie (Landesanstalt für Medien NRW, 2024). Dass Täter\*innen bestraft werden, ist nicht zuletzt ein Zeichen der Solidarität für Betroffene. Wann Inhalte strafbar werden, ist daher eine entscheidende Frage.

**„Und auch das Netz  
ist kein rechtsfreier  
Raum“**

### **Strafrecht und Plattformregulierung**

Weder „Hass im Netz“ noch „Hate Speech“ sind juristische Begriffe und finden sich entsprechend nicht im Gesetz.<sup>1</sup> Inhalte und Handlungen, die darunterfallen, können jedoch strafbar sein – nämlich dann, wenn sie konkrete Straftatbestände erfüllen. Zugleich ist das Wissen darüber, wo die Meinungsfreiheit endet und welche Grenzen das Strafrecht setzt, oft gering – eine Erfahrung aus unseren Workshops. Es geht dabei nicht darum, dass jede\*r rechtlich fundiert beurteilen kann, ob eine Straftat vorliegt. Eine grundlegende Orientierung über die Grenzen der Meinungsfreiheit ist jedoch zentral für eine demokratische Gesellschaft – besonders für Betroffene und Fachkräfte, die sie unterstützen. Sie hilft auch, rechtliche Handlungsmöglichkeiten realistischer einzuschätzen.

Zunächst ist zwischen Official- und Antragsdelikten zu unterscheiden. Officialdelikte werden von Polizei und Staatsanwaltschaft von Amts wegen verfolgt, sobald sie Kenntnis der Taten erlangen. Antragsdelikte hingegen setzen einen Strafantrag der betroffenen Person voraus. Dazu zählen u. a. Beleidigung (§ 185 StGB), üble Nachrede (§ 186 StGB), Verleumdung (§ 187 StGB), das ungefragte Versenden pornografischer Inhalte (z. B. „Dickpics“, § 184 Abs. 1 Nr. 6 StGB) sowie die Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch unerlaubte Bildverwendung (§ 33 Kunst-UrhG). Wichtige Officialdelikte im Kontext von Hass im Netz sind u. a. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB), Volksverhetzung (§ 130 StGB), Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 140 StGB) und Bedrohung (§ 241 StGB).

Während Verbote wie das Verwenden von NS-Kennzeichen (Hakenkreuze, SS-Totenschädel, Parolen) vielen bekannt sind, ist der Tatbestand der Volksverhetzung oft schwerer zu greifen. Er umfasst u. a. die Leugnung oder Verharmlosung des Holocausts (§ 130 Abs. 3 StGB) sowie das Aufstacheln zum Hass, das Auffordern zu Gewalt oder Angriffe auf die Menschenwürde gegen bestimmte Gruppen (§ 130 Abs. 1

---

<sup>1</sup> Beim Begriff „digitale Gewalt“ könnte das nach dem am 17.4.2026 veröffentlichten Referentenentwurf des Bundesjustizministeriums zum „Gesetz gegen digitale Gewalt“ bald anders sein: [https://www.bmjv.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RefE/RefE\\_GgdG.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bmjv.de/Shared-Docs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RefE/RefE_GgdG.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (06.06.2026).

StGB). Ein Angriff auf die Menschenwürde kann etwa vorliegen, wenn Menschen mit Tieren verglichen oder ihnen grundlegende Rechte abgesprochen werden. Schwieriger ist das „Aufstacheln zum Hass“: Gemeint sind Äußerungen, die über bloße Ablehnung oder Verachtung hinausgehen, die stark emotionalisieren und bei „den Angesprochenen Handlungsbereitschaft auslösen oder Hemmschwellen herabsetzen“ (Bundesverfassungsgericht, 2009, Rn. 78). Entscheidend ist, dass die Aussagen geeignet sind, den „öffentlichen Frieden“ zu stören, das heißt, ein friedliches (im Sinne von gewalt- und straftatenfreies) Miteinander gefährden. Vereinfacht lässt sich sagen: Strafbar werden kann es, wenn Worte so wirken, dass sie andere zu Gewalt anstiften könnten. Ob diese (hohe) Schwelle erreicht ist, wird immer im Einzelfall und zuletzt gerichtlich entschieden. Die Meinungsfreiheit gilt weit, aber nicht unbegrenzt.<sup>2</sup> Und auch das Netz ist kein rechtsfreier Raum. Allerdings haben die wenigsten bei Hass im Netz schon einmal Anzeige erstattet (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024). Die Hürden sind offenbar meist zu hoch.

REspect! im Netz hat deshalb eine niedrigschwellige und risikofreie Möglichkeit geschaffen, Hass im Netz zu melden.<sup>3</sup> Gemeldete Inhalte werden von einem juristischen Team auf eine mögliche strafrechtliche Relevanz geprüft. Meldende Personen bekommen, sofern sie eine E-Mail-Adresse angeben, eine Rückmeldung mit einer Einschätzung, ob der Inhalt strafbar ist oder nicht. Nach Bedarf erhalten Meldende außerdem Kontaktdaten von jeweils passenden Beratungsangeboten. Kommt die juristische Einschätzung zu dem Ergebnis, dass bei den gemeldeten Inhalten ein Officialdelikt vorliegt, meldet REspect! im Netz den Fall eigenständig an das Bundeskriminalamt (BKA). Daten der Meldenden werden dabei nicht übermittelt, sodass sie in möglichen späteren Gerichtsverfahren nicht namentlich auftauchen.

Bestätigt das BKA die Einschätzung zur Strafbarkeit, stellt REspect! im Netz als sogenannter Trus-

ted Flagger (vertrauenswürdiger Hinweisgeber) eine Löschbitte bei der jeweiligen Plattform. Nach dem Digital Services Act werden europaweit Organisationen, die besondere Kompetenzen bei der Erkennung und Meldung illegaler Inhalte besitzen, als Trusted Flagger zertifiziert. Plattformen sind gesetzlich verpflichtet, Meldungen, die von Trusted Flaggern stammen, priorisiert und unverzüglich zu bearbeiten. Die Entscheidung über die Entfernung oder Einschränkung von gemeldeten Inhalten trifft die Plattform selbst. REspect! im Netz hat 2025 auf diesem Weg 1.576 Inhalte als rechtswidrig gemeldet, von denen 80 Prozent von den Plattformen in Deutschland eingeschränkt oder entfernt wurden. Die aktuellen Zahlen werden regelmäßig auf der Website veröffentlicht. Dass rechtswidrige Hassinhalte gelöscht werden sollten, finden übrigens 90 Prozent der Nutzer\*innen richtig (Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz, 2024).

Zum Schluss müssen wir aber auf die Plattformen selbst schauen: Denn 86 Prozent der Nutzer\*innen sehen sie in der Hauptverantwortung für Moderation (ebd.). Meldewege sind jedoch oft zu kompliziert, und rechtswidrige Inhalte werden nicht konsequent gelöscht (Das NETTZ, 2025; HateAid, 2025). Hier sind klare Verbesserungen nötig – durch einfache Verfahren, verlässliche Prüfungen und transparente Rückmeldungen. Aber auch veränderte Algorithmen könnten dafür sorgen, dass die Sichtbarkeit von Hate Speech online verringert wird.

Es ist also keineswegs so, wie die Visionär\*innen des Internets es sich erhofften, dass der digitale Raum automatisch demokratische Teilhabe befördert. Gerade die sozialen Medien können durch digitale Gewalt und Hate Speech dazu genutzt werden, marginalisierte Gruppen aus dem (digitalen) Diskurs zu verdrängen und ihnen nachhaltig zu schaden. Unsere Antwort hierauf muss, wie deutlich wurde, verschiedene Ebenen einbeziehen: Betroffene benötigen solidarische Unterstützung, auch durch (sozial)pädagogische Fachkräfte, um ihre Resilienz zu stärken. Um digitale Räume nachhaltig demokratischer zu gestalten, bedarf es aber letztendlich auch effektiver Strafverfolgung, Moderation und Plattformregulierung. Es bleibt also auch hier noch viel zu tun, bis digitale Räume das Versprechen demokratischer Teilhabe einlösen können. ■

<sup>2</sup> Die Jugendstiftung Baden-Württemberg hat mit „Join the Comfortzone“ ein pädagogisches Browsergame entwickelt, mit dem Jugendliche ab 14 Jahren erfahren können, was es bedeutet, in einem Unrechtsstaat zu leben, in dem Meinungsfreiheit kein Grundrecht ist, vgl. <https://join-the-comfortzone.com/> (06.06.2026).

<sup>3</sup> Vgl. [www.REspectImNetz.de](http://www.REspectImNetz.de) (06.06.2026).

**Dr. Oliver Honer** ist Fachreferent bei R!s!pect! im Netz, ein Angebot der Jugendstiftung Baden-Württemberg. Dort ist er zuständig für Konzeptentwicklung, Qualitätssicherung und Fachkräftefortbildung. Zuvor forschte an der Hochschule Esslingen zu Islamismus-, Hate-Speech- und Desinformationsprävention. Er hat Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaft studiert und in Philosophie promoviert.

## Literatur

**Bundesverfassungsgericht. (2009).** *Beschluss vom 4. November 2009.* BvR 2150/08. [https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/11/rs20091104\\_1bvr215008.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2009/11/rs20091104_1bvr215008.html) (05.06.2026).

**Das NETTZ. (2025).** *Zwischen Klick und Konsequenz. Eine Evaluation der Meldeverfahren von Plattformen nach dem Digital Services Act.* Berlin. [https://www.das-nettz.de/sites/default/files/2025-11/NETTZ\\_Meldewege\\_42.pdf](https://www.das-nettz.de/sites/default/files/2025-11/NETTZ_Meldewege_42.pdf) (05.06.2026).

**Dreißigacker, Arne, Müller, Philipp, Isenhardt, Anna, & Schemmel, Jonas. (2024).** Online hate speech victimization: consequences for victims' feelings of insecurity. *Crime Science*. Volume 13. <https://link.springer.com/article/10.1186/s40163-024-00204-y> (05.06.2026).

**HateAid. (2025).** *Recht ohne Reichweite. Der DSA im Praxistest.* <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/12/hateaid-dsa-bilanz-recht-ohne-reichweite-2025.pdf> (05.06.2026).

**HateAid, Koch, Luise, Voggenreiter, Angelina, & Steinert, Janina. (2025).** *Angegriffen & alleingelassen. Wie sich digitale Gewalt auf politisches Engagement auswirkt. Ein Lagebild.* <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2025/01/hateaid-tum-studie-angegriffen-und-alleingelassen-2025.pdf> (05.06.2026).

**Kompetenznetzwerk gegen Hass im Netz. (2024).** *Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung.* Berlin. [https://toneshift.org/wp-content/uploads/2024/02/Studie\\_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf](https://toneshift.org/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf) (05.06.2026).

**Kreißel, Philip, Ebner, Julia, Urban, Alexander, & Guhl, Jakob. (2018).** *Hass auf Knopfdruck. Rechtsextreme Trollfabriken und das Ökosystem koordinierter Hasskampagnen im Netz.* Institute for Strategic Dialogue: London, Washington DC, Amman, Beirut, Toronto. [https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD\\_Ich\\_Bin\\_Hier\\_2.pdf](https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/07/ISD_Ich_Bin_Hier_2.pdf) (05.06.2026).

**Landesanstalt für Medien NRW. (2024).** *Hate Speech Forsa-Studie 2024. Zentrale Untersuchungsergebnisse.* Düsseldorf. [https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user\\_upload/Forschung/forsa\\_Hassrede/LFMNRW\\_Hatespeech\\_forsa\\_2024.pdf](https://www.medienanstalt-nrw.de/fileadmin/user_upload/Forschung/forsa_Hassrede/LFMNRW_Hatespeech_forsa_2024.pdf) (05.06.2026).

**Nguyễn, Main Huong, & Hielscher, Diane. (2025).** *Hate Speech. Schutz vor Hass im Netz.* Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/hate-speech-wie-wir-uns-vor-hass-im-netz-schuetzen-koennen> (05.06.2026).

**Paulson, Eric. (2023).** *Resilienz – Dein Schutzschild gegen Hass im Netz.* <https://toneshift.org/resilienz-dein-schutzschild-gegen-hass-im-netz/> (05.06.2026).

**Schwarz, Karolin. (2020).** *Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus.* Freiburg, Basel, Wien.

**toneshift. (2026).** *Was ist Hass im Netz?* <https://toneshift.org/was-ist-hass-im-netz/> (05.06.2026).

# Über uns



## Über die BAG RelEx

Als Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) fördern und unterstützen wir die bundesweite Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, die sich für eine erfolgreiche und nachhaltige Prävention gegen religiös begründeten Extremismus engagieren. Die BAG RelEx ist anerkannter Träger der politischen Bildung und wurde im November 2016 auf die Initiative von 25 zivilgesellschaftlichen Trägern hin gegründet. Mit fast 40 Mitgliedsorganisationen aus dem ganzen Bundesgebiet stehen wir für die große Vielfalt an Ansätzen und Maßnahmen in der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus und spiegeln die langjährigen Erfahrungen im Arbeitsbereich wider.

Wir verstehen uns als Plattform und Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, Politik und Öffentlichkeit. Im Rahmen der BAG RelEx fördern wir die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Organisationen innerhalb des Themenfeldes des religiös begründeten Extremismus und stärken den Austausch mit Akteur\*innen angrenzender Arbeits- und Phänomenbereiche sowie mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Durch verschiedene Formate möchten wir den fachlichen Austausch fördern, Ansätze und Methoden weiterentwickeln und damit das Engagement unserer Mitgliedsorganisationen stärken. Mit Angeboten für eine breitere (Fach-)Öffentlichkeit bieten wir die Möglichkeit, Einblicke in die aktuellen Debatten unseres Arbeitsfeldes zu erhalten. Damit wollen wir unter anderem das Bewusstsein für die Notwendigkeit zivilgesellschaftlichen Engagements gegen religiös begründeten Extremismus schärfen.

Wir sehen unseren Auftrag in der Verteidigung der Normen und Werte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes sowie der Demokratie. Ganz vorn stehen dabei die Achtung und der Schutz der Menschenwürde und der mit ihnen verbundenen Rechte sowie das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Die BAG RelEx ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Anfang 2025 haben wir mit IFAK e. V., ufuq e. V. und modus|zad gGmbH *KN:IX connect* / *Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung* ins Leben gerufen.

KN:IX connect ist ein Verbund im Programmbereich Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur im Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weitere Förderung erhalten wir durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Mit KN:IX connect knüpfen wir an die Arbeit des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX, 2020–2024) an und entwickeln diese weiter.

Weitere Informationen finden Sie auf [www.bag-relex.de](http://www.bag-relex.de).

# Über KN:IX connect



Anfang 2025 haben wir KN:IX connect | Verbund Islamismusprävention und Demokratieförderung zusammen mit IFAK e. V., modus|zad und ufuq.de ins Leben gerufen, um die Vernetzung, den Erfahrungstransfer und die fachliche Weiterentwicklung im Themenfeld Islamismusprävention voranzutreiben.

Mit KN:IX connect richten wir uns u. a. an Fachkräfte der Islamismusprävention und angrenzender Arbeitsfelder sowie an Multiplikator\*innen und Fachkräfte aus Schule, Wissenschaft, Verwaltung und (Sicherheits-)Behörden sowie Landesdemokratiezentren und Partnerschaften für Demokratie. Darüber hinaus stehen wir Politik und Medien als Ansprechpartner\*innen zur Verfügung.

Unsere Arbeit bei KN:IX connect hat vier Schwerpunkte:

- **Strukturentwicklung** – Aufbau und Stärkung einer bundesweiten zivilgesellschaftlichen Infrastruktur im Themenfeld „Islamistischer Extremismus“
- **Impulse und Transfer** – Aufbereitung und Dokumentation von aktuellen Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen
- **Qualitätsentwicklung** – Weiterentwicklung von Ansätzen und Methoden
- **Fachpolitische Interessenvertretung** – Vernetzung und Beratung relevanter Akteur\*innen

Mit den Angeboten von KN:IX connect unterstützen wir unsere Zielgruppen mit Expertise, Fortbildungen sowie Arbeitshilfen und Materialien und entwickeln bestehende Präventionsansätze weiter. Wir führen z. B. ein fortlaufendes Monitoring islamistischer Szenen, insbesondere in digitalen Medien, durch und dokumentieren die Ergebnisse. Außerdem greifen wir fachliche Debatten u. a. in Podcasts, Fachveranstaltungen und Publikationen auf und bieten regelmäßige Fachaustausche und Netzwerkaktivitäten mit Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verwaltung und (Sicherheits-)Behörden an.

KN:IX connect ist ein Verbund im Programmbereich Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur im Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Weitere Förderung erhalten wir durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Mit KN:IX connect knüpfen wir an die Arbeit des Kompetenznetzwerks „Islamistischer Extremismus“ (KN:IX, 2020–2024) an und entwickeln diese weiter.

Weitere Informationen finden Sie auf [www.kn-ix.de](http://www.kn-ix.de).

# Impressum

**Herausgegeben von  
Bundesarbeitsgemeinschaft  
religiös begründeter  
Extremismus e. V.**

Jamuna Oehlmann  
(Geschäftsführung)  
Oranienstraße 58  
10969 Berlin  
Tel: +49 (0)30 921 262 89  
info@bag-relex.de  
www.bag-relex.de

**Redaktion**

Ulrike Hoole, Frederik Braune

**Lektorat**

Sönke Hallmann

**Layout**

Nestor GmbH  
www.studionestor.de

**Fotos**

Dennis Weinbörner  
<https://www.weinboerner.net/>  
Michel Buchmann  
<https://michelbuchmann.de/>

**Illustrationen**

Titel: firoz – stock.adobe.com,  
Bellal – stock.adobe.com; S. 12:  
MOSTLAKI – stock.adobe.com;  
S. 26: Creative Tania – stock.  
adobe.com; S. 46: aminul788 –  
stock.adobe.com, Main – stock.  
adobe.com; S. 60: Jannatul –  
stock.adobe.com

**Karte**

© EuroGeographics bezüglich  
der Verwaltungsgrenzen

**Druck**

Kern GmbH  
<https://www.kern.gmbh>

**Stand**

31.07.2026  
© BAG RelEx

ISSN: 2628-7080

Die Veröffentlichungen stellen  
keine Meinungsäußerung des  
BMBFSFJ beziehungsweise  
des BAFzA oder der  
weiteren Fördergeber dar.  
Für inhaltliche Aussagen  
und Meinungsäußerungen  
tragen die Publizierenden  
dieser Veröffentlichung die  
Verantwortung.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**



Die BAG RelEx wird im Rahmen von KN:IX connect gefördert.



Verbund  
Islamismusprävention  
und Demokratieförderung





# Wer macht was und wo?

Auf dieser Karte sind die Standorte unserer Mitgliedsorganisationen und internationalen Kooperationspartnerschaften abgebildet. Viele der Träger haben mehrere Projekte in dem Themenfeld, weshalb hier primär die Träger aufgelistet sind. Weitere Informationen finden Sie auf den trägereigenen Websites oder auf unserer Website.

